Heute 10 Seiten

Einzelpreis 20 gr

Posener Tageblatt

Bezugspreis: In der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen monatlich 4.— zł, mit Zustellgeld in Posen 4.40 zł, in der Provinz 4.30 zł. Bei Postbezug monatlich 4.39 zł, vierteljährlich 13.16 zł. Unter Streifband in Polen und Danzig monatlich 6.— zł, Deutschland und übriges Ausland 2.50 Rmk. Einzelnummer 20 gr. Bei höherer Gewalt Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zuschriften sind an die Schriftleitung des „Posener Tageblattes“ Poznań, Aleja Marsz. Piłsudskiego 25, zu richten. — Telegrammanschrift: Tageblatt Poznań. Postscheckkonten: Poznań Nr. 200 283, Breslau Nr. 6184. (Konto-Inh.: Concordia Sp. Akc.). Fernsprecher 6105, 6275.



75. Jahrgang — Poznań, Freitag, 31. Januar 1936 — Nr. 25

Berlin am Morgen des nationalen Festtages

Feierliche Einholung der alten SA-Garde

Berlin, 30. Januar. Dritter Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung. Nationaler Festtag eines geeinten, innerlich und äußerlich gefestigten Volkes, das mit gläubiger Zuversicht und in unerschütterlicher Treue zu seinem Führer in das vierte Jahr nationalsozialistischer Regierung im Dritten Reich eintritt.

Ueber der Reichshauptstadt wehen schon seit den frühen Morgenstunden die Fahnen des neuen Deutschland. Sie sprechen von der unlöslichen inneren Verbundenheit der Bevölkerung mit der Bewegung. Im Dämmern des Tages, der ein wahrer Frühlingstag zu werden verspricht, sind noch überall eifrige Hände am Werk, um für eine würdige Ausschmückung zu sorgen.

Die Schaufenster zahlreicher Geschäfte haben über Nacht ein festliches Gewand angelegt. Umrahmt von den nationalen Symbolen, umkränzt von frischem Tannengrün grüßen die Bilder des Führers und seiner Getreuen. Auf Straßenbahnen, Omnibussen und Privatwagen flattern die Wimpel. Spruchbänder spannen sich da und dort von Haus zu Haus. Seit 5 Uhr früh treffen auf den Berliner Fernbahnhöfen in 30 Sonderzügen die Abordnungen der SA aus allen Gauen Deutschlands ein.

25 000 Männer der alten Garde, auserwählt zum Appell und Vorbeimarsch vor ihrem obersten Führer.

Trotz der frühen Stunde wird den Ankommenden überall ein froher Empfang bereitet. Auf den Bahnsteigen hört man bald die Mundarten aller deutschen Gaue. Mit klingendem Spiel, mit Fahnen und Feldzeichen werden die Ehrengäste von ihren Berliner Kameraden eingeholt. Für SA-Männer, die in weiter entfernt gelegenen Quartieren untergebracht sind, hat die Reichsbahn Lastwagen zur Verfügung gestellt. Dann beginnt der Marsch zum Lustgarten. Ueberall begegnet man singenden SA-Trupps. Stolze, frohe Gesichter, Scherzworte fliegen hin und her, Marschmusik klingt auf. Berlin marschiert im Gleichklang der Gefühle und Gedanken mit.

„Ein denkwürdiger Tag in der Geschichte Europas“

London, 30. Januar. Die „Daily Mail“ widmet dem heutigen Jahrestag der nationalsozialistischen Revolution einen freundlich gehaltenen Leitartikel. Das Blatt bezeichnet den 30. Januar als einen denkwürdigen Tag in der Geschichte Europas.

Unter Hitlers Führung stehe Deutschland heute in der ersten Reihe der Nationen.

Der Kommunismus, der 1933 eine ernste Drohung für die Staaten Mitteleuropas war, sei vollkommen tot und werde wahrscheinlich nicht wieder zu neuem Leben erwachen, solange Hitlers starke Hand regiere. Die Feinde, die so hartnäckig Hitlers baldigen Sturz voraussagten, müßten ihren völligen Mangel an Voraussicht eingestehen.

Am Ende des dritten Jahres seiner Macht sei Hitler stärker denn je und bei seinen Landsleuten noch volkstümlicher als vorher.

Amerikanische Stimmen

New York, 30. Januar. Die amerikanische Presse beschäftigt sich in den Donnerstag-Frühausgaben ausführlich auf den ersten Seiten der Blätter mit dem dritten Jahrestag der nationalsozialistischen Revolution. Allgemein wird hervorgehoben, daß das Deutsche Reich heute stärker sei als jemals seit dem Weltkriege. Dies sei in erster Linie der Schaffung des neuen Heeres, der Kriegsmarine und der Luftflotte zu danken.

Frederik T. Birchall schreibt in der „New York Times“ u. a.:

Die besten Trumpfkarten im diplomatischen Spiel scheinen auf der deutschen Seite des Tisches gespielt zu werden. Das Reich ist auf dem besten Wege dazu, wenn nicht bereits dabei, das Gleichgewicht des durch inneren Zwiespalt zerrissenen europäischen Kontinents zu halten.

Deutschland allein ist einig und schreitet unbeirrt auf seinem Wege fort. Deutschland weiß nicht nur was es will, sondern auch wie es seinen Willen durchzusetzen gedenkt. Deutschland hat diese neue Stellung in der Welt ganz allein einem Manne zu danken — Adolf Hitler. In der Reihe der Auserwählten, die seit dem Kriege zur Spitze emporgestiegen sind, hat er mehr vollbracht als irgendeiner, und sein Werk war ganz persönlich.

Die Lage in Industrie und Handel

Minister Górecki vor dem Haushaltsausschuß

Während der Beratungen des Haushaltsausschusses über den Haushalt des Industrie- und Handelsministeriums erklärte Handelsminister **Gorecki**, sein Vorgänger Rajchman habe ihm versichert, eine weitere Kürzung des Budgets sei vollkommen unmöglich. Ihm sei es aber dennoch gelungen,

Einsparungen in Höhe von 14 Millionen Złoty

zu machen. Górecki ging dann auf die Erzeugung über und erklärte, daß in der Hüttenindustrie eine Verringerung der Förderung um 2,46 Prozent eingetreten sei, wobei sich der Beschäftigungsstand um 4268 Personen vermindert habe. In der Zinkhüttenindustrie sei die Lage infolge Verringerung der Ausfuhr nach Deutschland schlechter, doch sei der Inlandsverbrauch gestiegen. In der Naphthaindustrie verschlechtere sich die Lage immer mehr.

Infolge des niedrigen Lebensstandards würden sich die Preise noch lange auf einem niedrigen Stand halten.

Die Richtzahl der industriellen Erzeugung habe im Jahre 1934 im Verhältnis zu 1928 62,8 Prozent betragen. In der Textilindustrie sei eine Besserung zu verzeichnen. In der Bauindustrie sei die Richtzahl um 20 Prozent gestiegen, in der Papierindustrie um 10 Prozent. Die Lage des Handwerks habe sich etwas gebessert. Die Zahl der Werkstätten habe am 1. Januar 1935 330 000 betragen, sie sei bis zum 31. Dezember 1935 auf 350 000 gestiegen.

Die Regierung lege großes Gewicht auf den Auslandshandel, wovon bereits eingehend berichtet worden sei. Der Saldo der Handelsbilanz betrage im vergangenen Jahr 65,5 Millionen Złoty zugunsten Polens. Die Ausfuhr habe sich aber im Verhältnis zum Vorjahr um 50 Mill. Zł. verringert, während die Einfuhr um 7 Mill. Zł. gestiegen sei. Diese Schrumpfung werde noch anhalten. Die Ueberseeausfuhr steige ständig. Sie habe im Jahre 1933 7,8 Prozent, im Jahre 1934 13,1 Prozent und in den ersten 11 Monaten des Jahres 1935 15,6 Prozent der Gesamtausfuhr betragen. Der Verkehr mit Rußland habe infolge schlechter Kreditbedingungen eine Schwächung erfahren.

Erfreulich entwickele sich der Seeverkehr. Von der polnischen Gesamtausfuhr seien über 74 Prozent auf dem Seewege befördert worden. Die regulären Umsätze seien in stetem Steigen begriffen, die polnische Handelsflotte habe bereits 75 000 Tonnen erreicht. Etwa 30 000 Tonnen seien noch erforderlich.

Die nächsten Arbeiten der Regierung

Im Zusammenhang mit der Rückkehr des Ministerpräsidenten Kościałkowski nach Warschau treten eine Reihe von Arbeiten der Regierung, die von den einzelnen Ministerien vorbereitet sind, in das Stadium der Beendigung. Am heutigen Donnerstag findet eine Sitzung des Ministerrats und am Freitag eine Ministerratssitzung statt. An der Spitze der von der Regierung in Angriff genommenen Fragen steht die

Aktivierung des wirtschaftlichen Lebens und die Besserung der Lage in der Schwerindustrie.

Das Wirtschaftskomitee wird sich in seinen nächsten Sitzungen mit dem Bericht der zwischenministeriellen Kommission zur Prüfung der Lage in der Industrie, mit den Ergebnissen der Vorbereitungen zu Wirtschaftsberatungen und mit dem Entwurf eines Investitionplans für 1936 befassen.

Der Ministerrat wird sich mit einer Reihe von Gesetzesvorlagen beschäftigen, die vor dem 15. Februar dem Sejm zugehen sollen und die von den einzelnen Ressorts bereits ausgearbeitet sind. Es handelt sich um die Vorlage über das Wechsel- und Scheckrecht, um eine Reihe von Wirtschaftsgesetzen usw.

Um die Auflösung von Bereza Kartuska

Während der letzten Sejmsitzung lief ein Antrag des ukrainischen Abgeordneten **Baran** beim Sejmmarschall ein, in dem es hieß: „Der Sejm fordert die Regierung auf, das Isolierungslager in Bereza Kartuska endgültig aufzulösen und die dort in Haft befindlichen Personen freizulassen.“

Die Ukrainer verlangen einen Vizeminister

Die Haushaltskommission des Senats beriet am 28. Januar über den Haushalt des Ministerrates. Der Senator Łucki kündete an, daß die Ukrainer eine Entschließung veröffentlichen würden, die die Bildung eines Unterstaatssekretariates für die Fragen der ukrainischen Volksgruppe fordert.

Rückgang des natürlichen Bevölkerungszuwachses

Während der letzten Jahre ist ein recht starker Rückgang des natürlichen Bevölkerungszuwachses in Polen zu beobachten. Im Jahre 1931 trat dieser Rückgang erstmalig in krasser Form in Erscheinung. In diesem Jahre betrug der Zuwachs 14,7 auf 1000 Einwohner, während er noch im Jahre 1930 17 auf 1000 Einwohner gezählt hatte. In den Jahren nach 1931 ist diese Zahl weiter gefallen und betrug 13,8, 12,5 und 12,1 (im Jahre 1934). In den ersten drei Quartalen des Jahres 1935 erreichte der Bevölkerungszuwachs nur die Zahl von 12 auf 1000 Einwohner.

Gründung einer radikalen Partei in Polen

Ihr Programm

Vor einigen Tagen wurde in Warschau eine neue politische Organisation unter der Bezeichnung „Polnische Radikale Partei“ registriert. Als Gründer zeichnen der ehemalige Botschafter in Washington Tytus **Filipowicz**, ehemals Mitarbeiter Piłsudskis, der Vorsitzende des Reserveunteroffizier-Verbandes Antoni **Jakubski** und der ehemalige Finanzminister Gabriel **Czechowicz**.

Die neue Partei gibt zunächst eine Halbmonatsschrift „Nowe Drogi“ heraus, deren erste Nummer jetzt erschienen ist. Diese Nummer bringt ein ausführliches Programm der neuen Partei, die sich auf drei Grundlagen stellt:

die Grundsätze der christlichen Ethik, ein nationales Polen auf demokratischer Grundlage und gesellschaftlichen Radikalismus.

Das Programm erklärt, daß in Polen der Staatspräsident und die Wehrmacht außerhalb des politischen Streites bleiben müßten und stellt im übrigen eine ganze Reihe radikaler Forderungen auf.

Das Programm verlangt vor allem eine Reform der Wahlordnung vom Sommer 1935, unter welcher das gegenwärtige Parlament gewählt worden ist, die Wiederherstellung der Unabhängigkeit des Richterstandes; die Wiederaufrichtung einer wirklichen selbständigen örtlichen Selbstverwaltung. Auf dem Gebiete der Innenpolitik wird grundsätzlich verlangt, daß den Polen in Polen der überwiegende Einfluß auf Politik, Geistes- und Kulturleben des Landes eingeräumt werde — mit den slawischen Minderheiten im Lande sollte Polen sich verbrüdern, die Auswanderung möglichst vieler Juden aber solle auf legale und zweckmäßige Weise in die Wege geleitet werden. Auf internationalem Gebiet soll sich Polen dafür einsetzen, daß die Juden ein größeres Kolonisationsgebiet als Palästina bekämen, weil Palästina für die Masse der polnischen Juden zu klein ist.

Das Programm der Polnischen Radikalen Partei enthält endlich eine Reihe bemerkenswerter Forderungen auf wirtschaftlichem Gebiet. Für die künftige Wirtschaftspolitik des Staates werden die Grundsätze:

Anstreben der Autarkie, Aufrechterhaltung der Goldparität von 1927 und Maßnahmen gegen die Schrumpfung der Gold- und Devisenreserven — d. h. also offenbar Beschränkung des freien Devisenhandels — verlangt.

Die Partei fordert die Inangriffnahme großer öffentlicher Arbeiten, die auf die eigenen Finanzen des Staates gestützt werden sollen, und zwar in erster Linie solcher Arbeiten, die für die Landesverteidigung wichtig sein werden, wie Straßen, Eisenbahnlinien und Rüstungsbetrieb. Die Partei ist für die Parzellierung der Latifundien und des sonstigen Großgrundbesitzes, will den heutigen Besitzern aber eine „angemessene“ Entschädigung zugestehen. Bemerkenswert ist weiter die Forderung nach der Uebernahme sämtlicher für die Landesverteidigung wichtiger Industrieunternehmen durch den Staat.

Die erste Nummer des „Nowe Drogi“ ist voll von heftigen Kritiken besonders an der Politik, die der B. B. in seiner letzten Zeit getrieben hat. Filipowicz schreibt, daß der B. B. sowohl das Verdienst habe, die Verfassung geschaffen und die Macht der Staatsgewalt sichergestellt zu haben. Mit der Zeit habe der B. B. aber hinter den Kulissen genau dieselben Methoden angewandt, wie vorher die Sejmokratie: „Alles für die Regierung und ihre Freunde“, sei das beherrschende Schlagwort und seit 1930 die Repression die ständige Regierungsmethode geworden. Die öffentliche Meinung sei von Grund auf mißachtet worden, — eine Politik, die der ehemaligen Politik der wichtigsten Gruppe der polnischen Legionäre entgegengesetzt gewesen sei. Solange der Marschall gelebt habe, sei er ein lebendiges Programm gewesen; heute nach seinem Tode, müsse ein klares politisches Programm aufgestellt werden. Die Polnische Radikale Partei erhebt den Anspruch, dieses Programm in der Form ihres neuen Programms vorgelegt zu haben.

Sechzig Verletzte in Kairo

Alle Hochschulen geschlossen

Kairo, 29. Januar. Bei den heutigen Zusammenstößen zwischen Hochschülern und Polizei sind, wie verlautet, 60 Hochschüler verletzt worden, davon zehn schwer. Unter den Schwerverletzten befindet sich auch ein Verwandter des Wafdführers Nahas Pascha, der ein Auge verloren hat.

Alle Hochschulen und technischen Schulen in Kairo sind jetzt ausnahmslos geschlossen. Die Nilbrücken nach dem Stadtteil Gizeh, wo die Universität liegt, sind gesperrt. In der ganzen Stadt herrscht Unruhe. Sechs Provinzgouverneure haben beim Innenministerium beantragt, auch dort alle Hochschulen zu schließen, da die Kundgebungen anhalten und überall ernste Zwischenfälle zu befürchten sind.

Die Politik der internationalen Zusammenarbeit

Der Inhalt der französischen Regierungserklärung

Paris, 29. Januar. Die französischen Minister treten am heutigen Mittwoch nachmittag noch einmal zu einem Kabinettsrat zusammen, um die Regierungserklärung einer letzten Prüfung zu unterziehen, ehe sie am Donnerstag dem Ministerrat zur allgemeinen Annahme unterbreitet wird.

Im übrigen wird man sich mit der allgemeinen innenpolitischen Lage bzw. der Haltung der einzelnen Gruppen beschäftigen, die am Vorabend der Vorstellung der Regierung vor den beiden Parlamenten noch recht unklar ist. Die verschiedenen Entschließungen der Demokratischen Vereinigung, in denen die Beteiligung Flandins an der Regierung verurteilt wird, und die sich daraus ergebenden Austritte aus der Partei lassen darauf schließen, daß die Regierung auf der rechten Mitte nicht mit einem starken Anhang rechnen kann. Die äußerste Rechte wird auf alle Fälle gegen Sarraut stimmen, und es fragt sich daher, wie sich die Sozialisten verhalten werden.

Die sozialistische Kammerfraktion wird erst am Donnerstag zusammentreten, um ihre Haltung festzulegen. In parlamentarischen Kreisen weist man jedoch schon jetzt darauf hin, daß, wenn die Mehrheit der Fraktion der Regierung auch günstig gesinnt sei, damit noch keine Sicherheit dafür bestehe, daß sie auch für die Regierung stimme. Vor allem bei den Abgeordneten aus den nordfranzösischen Departements sei man verstimmt, weil ihre schärfsten Gegner, wie der Gesundheitsminister Nicolle und der Landwirtschaftsminister Thellier in der Regierung säßen. Da die Stimmen der Sozialisten gegebenenfalls aber dringend notwendig sein werden, um der Regierung eine Mehrheit zu sichern, mißt man der morgigen Fraktionssitzung besondere Bedeutung bei.

Paris, 30. Januar. In gut unterrichteten parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß

die Sozialisten geschlossen für die Regierung Sarraut

stimmen werden. Sie erblicken darin eine Kundgebung gegen die Opposition von rechts. Es wird keinen Augenblick bezweifelt, daß Ministerpräsident Sarraut eine Mehrheit bekommen wird, aber man ist sich auch darüber klar, daß die Aussprache, die sich an die Verlesung der Regierungserklärung knüpfen wird, zeitweise äußerst heftigen Charakter annehmen dürfte.

Die Regierungserklärung selbst wird nach Ansicht gut unterrichteter Kreise äußerst kurz sein. Sie soll zum Ausdruck bringen, daß die Regierung bemüht sein werde,

den Franken zu verteidigen und den Schutz der republikanischen Einrichtungen und die Aufrechterhaltung der Ordnung zu gewährleisten,

indem sie sich der Gesetze bedienen werde, die das Parlament zu ihrer Verfügung gestellt habe und die sich auf die Auflösung der sogenannten Kampfbünde beziehen. Auf wirtschaftlichem Gebiet, so wird es in der Regierungserklärung heißen, werde die Regierung zunächst bemüht sein, die Landwirtschaftskrise durch die Auswertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse nach Verständigung mit den Erzeugern und Rücksprache mit den Verbrauchern zu beheben. Auf außenpolitischem Gebiet werde die Regierung ihren Willen bekunden, dieselbe Politik zu verfolgen, die alle französischen Regierungen seit 1919 verfolgt hätten, das heißt

eine Politik der internationalen Zusammenarbeit und Achtung vor den Verträgen im Rahmen des Völkerbundes.

Diese Politik sei ausgesprochen friedlich, und es sei zu hoffen, daß sie das Verständnis und die Zustimmung aller anderen Mächte und insbesondere Deutschlands finde.

Obgleich sich in der Erklärung auch eine Anspielung auf die kommenden Wahlen befindet, werde die Regierung es vermeiden, schon jetzt den Zeitpunkt festzulegen. Es sei aber mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß diese Wahlen nicht vorverlegt würden, sondern daß der erste Wahlgang am 19. und der zweite am 26. April stattfinden würden.

Frot auf der Straße geohrfeigt

Paris, 29. Januar. Der frühere Innenminister Frot, der im Zusammenhang mit den Pariser Unruhen vom 6. Februar 1934 viel genannt wurde, war am Mittwoch nachmittag wieder einmal Gegenstand feindlicher Kundgebungen im Justizpalast, in den er sich als Rechtsanwalt begeben hatte. Ein rechtsstehender Anwalt trat ihm entgegen und forderte ihn auf, das Gerichtsgebäude unverzüglich zu verlassen. Die Auseinandersetzung lockte eine erhebliche Menschenmenge an. Polizisten verhinderten Tätlichkeiten. Frot zog sich unter dem Schutz einiger befreundeter Anwälte in die Ecke eines Saales zurück und begab sich dann zur Polizeiwache des Justizpalastes. Die Kundgeber stimmten die Marseillaise an und gingen ohne weitere Zwischenfälle auseinander. Frot verließ durch einen Seitenausgang das Justizgebäude.

Wenig später wurde Frot auf offener Straße geohrfeigt. Frot wollte gerade in seinen Kraftwagen steigen, als ein junger Mann ihm eine schallende Ohrfeige versetzte und dabei „Mörder" rief. Der Mann wurde festgenommen. Es handelt sich um ein Mitglied einer stark rechts gerichteten Vereinigung. Frot ist damit zum vierten Male auf offener Straße angegriffen worden. Im August und September vergangenen Jahres wurde er bereits von rechtsgerichteten Gegnern geohrfeigt, und im November versuchte ein ehemaliger französischer Offizier gelegentlich einer Kundgebung, ihm einen Eimer mit Blut über den Kopf zu gießen.

Die Flottenkonferenz tagt wieder

Die britischen Vorschläge für eine qualitative Begrenzung der Flottenrüstungen

London, 30. Januar. Bei der Sitzung der Londoner Flottenkonferenz am Mittwoch unterbreitete der Erste Lord der Admiralität Lord Monsell die britischen Vorschläge für eine qualitative Begrenzung der Flottenrüstungen.

Diese Vorschläge sehen für Großkampfschiffe eine

Höchsttonnage von 35 000 Tonnen und als größtes Geschützkaliber für diese Schiffsklasse 14 Zoll

vor. Ferner wird für Flugzeugmutterschiffe eine Größe von 22 000 Tonnen und ein Geschützkaliber von 6.1 Zoll als Höchstgrenze empfohlen. Außerdem sollen für die Dauer des Abkommens keine weiteren 10 000-Tonnen-Kreuzer gebaut werden. Die Klasse der Kreuzer mit 6.1-Zoll-Geschützen soll mit der Zerstörerklasse zusammengelegt werden, und in dieser neuen Klasse soll die Höchsttonnage 7500—8000 Tonnen betragen.

Für die Abschaffung der U-Boote wurden keine Vorschläge gemacht, vielmehr wird für diese Schiffsklasse eine Höchstgrenze von 2000 Tonnen empfohlen,

doch gibt sich die britische Regierung der Hoffnung hin, daß es gelingen wird, im Laufe der weiteren Verhandlungen noch unter die erwähnte Höchstgrenze zu gehen. Der erste Ausschuß der Konferenz nahm in seiner gestrigen Sitzung die englischen Vorschläge als Erörterungsgrundlage an. Dieser Umstand wird in der englischen Presse allgemein als ein günstiges Vorzeichen angesehen. Endlich wird es begrüßt, daß die Vereinigten Staaten unter anderem bereit sind, sich mit 14zölligen Geschützen für Schlachtschiffe einverstanden zu erklären, anstatt mit 16zölligen, wie es die bestehenden Verträge vorsehen.

Der Marinemitarbeiter des „Daily Telegraph" schreibt, daß England stillschweigend seinen Versuch aufgegeben habe, die U-Boote entweder ganz abzuschaffen oder ihre Begrenzung auf 250 Tonnen zurückzusetzen. Das sei auf den entschlossenen Widerstand von französischer und anderer Seite zurückzuführen.

Gefängnis- und Geldstrafen im „Morro Castle"-Prozeß

New York, 28. Januar. Das Bundesgericht fällte heute im „Morro-Castle"-Prozeß das Urteil. Wegen verbrecherischer Fahrlässigkeit erhielten der Chefingenieur Abbott 4 Jahre Gefängnis, der leitende Direktor der New York and Cuba Mail Steamship Co., Henri Cabaud, ein Jahr Gefängnis und 5000 Dollar Geldstrafe mit Strafaufschub für die Gefängnishaft. Die Schiffahrtsgesellschaft wurde zur Höchststrafe von 10 000 Dollar verurteilt.

Moskau meldet Uebertritt einer mandschurischen Kompagnie

Moskau, 29. Januar. Die sowjetamtliche Nachrichtenagentur „Taß" behauptet in einer Meldung aus Chabarowsk, daß Mittwoch morgen an der sowjetrussisch-mandschurischen Grenze im Gebiet von Godekowo (unweit von Nikolsk-Ussurijsk) eine ganze Kompagnie mandschurischer Soldaten auf sowjetrussisches Gebiet übergetreten sei. Der Führer, Leutnant Hutingscha, der mandschurischer Nationalität ist, soll, wie die „Taß" weiter berichtet, erklärt haben, die Kompagnie habe sich heute früh aus Unzufriedenheit gegen die japanischen Ortsbehörden aufgelehnt. Dabei sei es zu einem blutigen Zusammenstoß in den Kasernen gekommen, wobei vier japanische Offiziere getötet worden seien.

Die übergetretenen mandschurischen Soldaten seien von den sowjetrussischen Behörden sofort entwaffnet und ins Innere des Landes gebracht worden, wo sie festgesetzt worden seien. Insgesamt seien 104 mandschurische Soldaten und vier Unteroffiziere unter dem Kommando des genannten Leutnants über die Grenze gekommen. Der mandschurischen Abteilung wurden Ausrüstung und Munition abgenommen, darunter zwei leichte Maschinengewehre, 111 Gewehre, zwei Mauserpistolen, zwei Brownings und eine Anzahl Patronen sowie neun Zugpferde.

Lebensmittelknappheit in Puebla

Fortdauer des Generalstreiks

Mexiko, 28. Januar. Der Generalstreik der Industrie- und Landarbeiter in Puebla, der seit Mitte voriger Woche im Gange ist, hat zu einer Verknappung aller Lebensmittel geführt. In den ärmeren Volksschichten macht sich diese Verknappung besonders bemerkbar. In den Streikversammlungen wurde erklärt, daß es sich lediglich um einen unpolitischen wirtschaftlichen Streik handle. Aber immer deutlicher wird erkennbar, daß der Kommunismus den Streik auszunutzen beginnt.

Zahlreiche kommunistische Agitatoren hetzen die Menge auf.

Obwohl militärischer Schutz zusammengezogen worden ist, haben verschiedene Geschäfte erneut geschlossen. In mehreren Bäckereien, in denen nicht gestreikt wird, kam es zu Ueberfällen der Streikenden auf die Arbeitswilligen. Die Streikenden vernichteten die Backware.

Der Gouverneur hat in der Landeshauptstadt Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber eingeleitet, um den Streik beizulegen.

Mordanschlag auf hohe japanische Hofbeamte

Tokio, 24. Januar. Wegen eines Anschlages auf das Leben hoher Hofbeamter sind fünf Personen von der Polizei verhaftet worden. Der Beweggrund des Anschlages soll gewesen sein, daß sich in den Augen der Verschwörer die betreffenden Hofbeamten zu wenig für den Kaisergedanken einsetzten und die staatsfeindliche Organtheorie begünstigten.

Empfänge bei König Eduard

Londoner diplomatische Gespräche

London, 30. Januar. König Eduard VIII. empfing am Mittwoch den deutschen Außenminister v. Neurath.

Ferner empfing der König den britischen Außenminister Sir Anthony Eden, den Fürsten Starhemberg und Lord Shaftesbury, der ihm eine Adresse des Oberhauses überreichte. Ferner empfing König Eduard den sowjetrussischen Außenkommissar Litwinow, den rumänischen Außenminister Titulescu, den portugiesischen Abordnungsführer Montero und den Führer der spanischen Abordnung, Urzaiz.

Ministerpräsident Baldwin empfing Mittwoch abend den deutschen Außenminister Freiherrn v. Neurath. Ferner empfing er im Laufe des Tages den sowjetrussischen Außenkommissar Litwinow, den Fürsten Starhemberg, den portugiesischen Außenminister Dr. Montero, den rumänischen Außenminister Titulescu und den ungarischen Außenminister Kanya.

Auch Eden hat eine ganze Reihe der bei den Trauerfeierlichkeiten anwesenden Könige und Staatsmänner gesehen. So suchte ihn unter anderem der König von Bulgarien auf. Am Mittwoch abend war er Gast des Königs Karl von Rumänien. Am Montag hatte er eine Unterredung mit Freiherrn von Neurath. Am Dienstag hatte er eine längere Unterredung mit dem französischen Außenminister Flandin und dem belgischen Ministerpräsidenten van Zeeland. Am Mittwoch sah der Fürst Starhemberg den portugiesischen Außenminister, den ungarischen Außenminister und den afghanischen Außenminister Fais Mohamed Khan bei sich.

Neue Werbeaktionen der Feuerkreuzler

Paris, 29. Januar. Das „Oeuvre" zeigt sich über die Tätigkeit des Obersten de la Rocque in den letzten Tagen beunruhigt. Ueberall in Frankreich hätten in der letzten Zeit große Versammlungen der Feuerkreuzler stattgefunden, und besonders um Paris herum scheine der Oberst seine Truppen mobil zu machen. Den Grund hierfür glaubt das Blatt in einer bevorstehenden großen Kundgebung der nationalen Front am 6. Februar zu sehen, die unter Teilnahme der motorisierten Abteilungen in Paris stattfinden soll. Je näher der 6. Februar heranrücke, um so aktiver schienen die reaktionären Kräfte zu werden. Zweifellos, so meint das Blatt zum Schluß, bereiteten die Faschisten einen neuen Staatsstreich vor, der jedoch eher lächerlich als blutig auszugehen verspreche.

Keine Verschmelzung der englischen Arbeiterpartei mit den Kommunisten

Die Gründe für ihre Absage an die Kommunisten

London, 30. Januar. Die englische Arbeiterpartei gibt heute die Gründe bekannt, aus denen sie kürzlich den Vorschlag der Kommunisten auf Verschmelzung der beiden Parteien abgelehnt hat. Sie beruft sich dabei auf eine ähnliche Entscheidung im Jahre 1922. Damals sei deutlich erklärt worden, daß

der grundlegende Unterschied zwischen der demokratischen Politik der Arbeiterpartei und der politischen Diktatur der Kommunisten unüberbrückbar

sei. In der Zwischenzeit sei nichts geschehen, was eine Aenderung dieser Ansicht rechtfertige.

Ueberdies könne der Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei nicht die anerkannte Tatsache übersehen, daß der vorliegende Antrag der Kommunisten lediglich ein Beweis für die wechselnde Taktik sei, die die kommunistische Internationale in den letzten Jahren verfolgt habe. Die Kommunisten bemühten sich in der Tat nur deshalb um eine Verschmelzung mit der Arbeiterpartei, um den sozialistischen Charakter dieser Partei zu verdrängen und sie in eine Politik zu lenken, die sich auf die Grundsätze der kommunistischen Partei stütze.

Eine britische Wehranleihe?

London, 30. Januar. Wie der politische Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet, wird die Frage der Auflegung einer Wehranleihe nunmehr von der Regierung ernstlich erwogen. Der Widerstand gegen einen solchen Weg der Ausgabendeckung lasse in Regierungskreisen in dem gleichen Maße nach, in dem man sich über die Größe der bevorstehenden Aufgabe klar werde. Der Berichterstatter glaubt, daß die zusätzlichen Ausgaben hauptsächlich der Flotte und der Luftstreitkraft zugute kommen sollten, obwohl auch die Voranschläge für die Armee in diesem Jahre höher sein würden. Unter den gegenwärtigen Umständen vertrete man in Regierungskreisen die Ansicht, daß die Luftwaffe und die Flotte in erster Linie berücksichtigt werden müssen.

Wie weiter verlautet, bereitet die englische Regierung ein Weißbuch vor, in dem sie die Gründe für ihre Aufrüstungspolitik auseinandersetzen wird. Nach der Veröffentlichung der Voranschläge für die drei Wehrhaushalte wird im Parlament auf Ersuchen der Regierung eine allgemeine Aussprache über das Wehrproblem in seiner Gesamtheit stattfinden, wobei das Weißbuch als Grundlage dienen soll. Erst anschließend sollen die verschiedenen Voranschläge in den beiden Häusern des Parlaments erörtert werden. In der Zwischenzeit dürfte auch eine Entscheidung der Regierung über die Art der Finanzierung herbeigeführt worden sein.

Römischer Angriff gegen England

London 29. Januar. Einer halbamtlichen Meldung des „Exchange Telegraph" zufolge ist man in offiziellen englischen Kreisen über einige antienglische Bemerkungen des römischen Rundfunks am 17. Januar äußerst ungehalten. Es handelt sich um folgende Behauptung des italienischen Rundfunks: „Während der Schlacht gegen Ras Desta erwies sich aufs neue, daß jedes abessinische Bataillon unter dem Kommando europäischer Offiziere steht, von denen die meisten Engländer sind."

Ein anderer Passus, der auf England hinweist, lautete: „Dank dieses italienischen Sieges ist auch der englische Ehrgeiz teilweise besiegt worden." Beide Behauptungen werden in englischen Kreisen als „höchst lächerlich" bezeichnet. Sie gelten als schlagendes Beispiel der italienischen Propaganda besonders im Hinblick auf den Nahen Osten und auf Aegypten.

Neue italienische Erklärung über die Oelfrage

Rom, 28. Januar. In maßgebenden italienischen Kreisen wendet man sich gegen die in der ausländischen Presse gebrachten Vermutungen über Italiens Haltung im Falle der Durchführung der Oelsperre. Weder sei die Annahme richtig, daß Italien bereit sei, sich mit einer Oelsperre in irgendwelcher Form abzufinden, noch treffe es zu, daß Italien für Jahrzehnte dauernde Gegenaktionen plane oder gar darüber verhandelt habe. Die Regierungen des Auslandes sollten sich allerdings, so wird in diesen Kreisen hinzugesetzt, keinen Illusionen hingeben. Bekanntlich habe Italien schon vor Wochen eine etwaige Oelsperre als eine ausgesprochen feindselige Handlung bezeichnet. Gegen die Verhängung werde es sich deshalb mit allen Mitteln zur Wehr setzen, die es für richtig und zweckmäßig halte.

Die Lage der Evangelische in Oesterreich

Trotz der dauernden Bemühungen von Superintendent Heinzelmann um eine Regelung des Verhältnisses der evangelischen Kirche zum Staat werden die Verhandlungen weiterhin hinausgezögert. In einer Entschließung, die die evangelische Gemeindevertretung von St. Pölten einstimmig zur kirchlichen Lage angenommen hat, wurde betont, daß die evangelische Kirche unter dieser Unsicherheit ihrer Rechtslage und dem Mangel einer vor Staat und Kirche wohl verantwortlichen Führung leide. Klar und offen wird gesagt, daß es nur am guten Willen der Regierung liege, der evangelischen Kirche, deren Wünsche und Beschlüsse den zuständigen Stellen seit Jahren bekannt sind, zu geben, was ihnen von Rechts wegen zukommt. Die Entschließung beantragt, daß zu den erforderlichen Verhandlungen mit der Regierung Superintendent Heinzelmann hinzugezogen werde, da er der erklärte Vertrauensmann der Gesamtkirche sei.

Der in der Predigtstation Anif (evangelische Gemeinde Salzburg) in Angriff genommene Neubau eines Gemeindehauses mußte nach der Grundsteinlegung wieder unterbrochen werden, weil die Baugenehmigung verweigert wurde.

Pfarrer Fritz Brandt aus Knittelfeld (Steiermark) wurde zu acht Wochen Arrest verurteilt und ihm die Erlaubnis zur Erteilung des Religionsunterrichtes entzogen. 356 Schulkinder der Gemeinde sind seitdem ohne jeden Religionsunterricht.

Pfarrer Fischer aus Thening ist zwar aus der Haft freigelassen worden. Es ist ihm aber verboten, in seine Gemeinde zurückzukehren, und er ist nach Weihnachten erneut in Polizeigewahrsam genommen worden.

Die österreichische Bundesregierung hat die „Deutschen Sagen" der Brüder Grimm und die „Bilder aus der deutschen Vergangenheit" von Gustav Freytag für staatsgefährlich erklärt und für Schulbüchereien verboten. pz.

Die polnische Meinung

Becks Berliner Besuch

In unserer Dienstag-Ausgabe berichteten wir kurz, daß der polnische Außenminister auf seiner Rückreise aus Genf mehrere Stunden in Berlin geweilt und den Reichsministern Göring und von Neurath Besuche abgestattet hat. Hierzu erklärt der „Dziennik Poznański", daß der Berliner Besuch keinen offiziellen Charakter trage und keine Vermutungen zulasse. In der Zeit der wichtigen Beschlüsse in Genf habe der Leiter der polnischen Außenpolitik, der in Genf Aussprachen mit den Ministern der Mitgliedsstaaten gehabt habe, es als wünschenswert erachtet, die Ansicht Deutschlands über aktuelle Fragen kennenzulernen. Da Deutschland in Genf nicht vertreten sei, habe Beck die Gelegenheit hierzu bei seiner Durchreise in Berlin gesucht. Becks Aufenthalt in Berlin falle außerdem mit dem Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Abkommens zusammen. Man könne also annehmen, daß während der Berliner Unterredungen auch der Wert dieses neuen diplomatischen Instruments erörtert und die Aussichten für eine weitere Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland auf den Grundsätzen guter Nachbarschaft erwogen worden sei. Diese Annahme sei um so mehr begründet, als die ganze deutsche Presse die Bedeutung des Paktes vom 26. Januar 1934 stark unterstrichen habe.

Allen denjenigen, erklärt das Blatt, die in der Neugestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen eine Gefahr für das polnisch-französische Bündnis sehen, müsse vorgehalten werden, daß Minister Beck sich ebenso wie in Berlin am Sonnabend vor einer Woche auf der Reise nach Genf in Paris aufgehalten habe.

Der „Dziennik Poznański" unkt

Am selben Tage, an dem alle deutschen Zeitungen und auch ein Teil der polnischen Blätter dem Jahrestag des Abschlusses des deutsch-polnischen Nichtangriffspakts positiv gehaltene Artikel widmen, hält es der der Regierung nahestehende „Dziennik Poznański" für richtig, gegen das vor kurzem abgeschlossene Wirtschaftsabkommen zu Felde zu ziehen. Beim Abschluß des Vertrages, so schreibt das Blatt, habe die polnische Bevölkerung große Hoffnungen gehegt. Besonders die Bevölkerung Großpolens habe dem Abkommen mit Deutschland erhebliche Bedeutung beigemessen. Obgleich bereits drei Monate seit dem Abschluß verflossen seien, sei die Frage der Belebung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen nicht über den toten Punkt hinausgekommen. Vor allem habe Deutschland Polen erschwerende Devisenvorschriften auferlegt. Außerdem habe Deutschland seine Waren derart verteuert, daß sie von Polen nicht gekauft werden könnten. Ferner erschwere Deutschland seinen Kaufleuten die Zuteilung von Devisen, die zur Bezahlung der in Polen bestellten Waren notwendig seien. Die Versteifung einer solchen Devisenpolitik Deutschlands habe die Entwicklung des Handels mit diesem Lande von Anfang an in Frage gestellt. Deutschlands Einstellung sei klar: Deutsche Waren müßten Polen überschwemmen, dann erst werde Deutschland von Polen Butter, Käse, Eier, Getreide, Stroh, Fleisch, Holz usw. kaufen. Derartige Verhältnisse seien nicht dazu geeignet, die Aktivität anzuspornen. Immer noch dauere der Zustand des Abwartens an. Der Erfolg sei, daß die deutsch-polnischen technischen Kommissionen, die jeden Monat die Höhe der Umsatzkontingente festsetzen, für Februar nicht einmal die Hälfte dessen bestimmt hätten, was für Januar vorausgesehen war.

Das Blatt erklärt, Deutschland müsse seine Politik stark ändern. Es sei nicht anzunehmen, daß die wirtschaftliche Lage Deutschlands so schlecht sei, daß es nicht wisse, wofür es kaufen solle. Man brauche nur so loyal, wie es Polen tue, die Verwirklichung des gegenseitigen Handels in Angriff zu nehmen. Denn es könne dazu kommen, daß Polen nach Ablauf eines Jahres den Handelsvertrag nicht erneuere. Bekannt sei aber, daß Polen durch den Wirtschaftskrieg nicht allzu viel verloren habe, da es die Industrie und den Handel habe entwickeln können.

Der große Unterschied

Der „Robotnik" befaßt sich in einem Feuilleton mit der Frage, welcher Unterschied zwischen den beiden Warschauer Regierungsblättern „Kurjer Poranny" und „Gazeta Polska" besteht. Das Blatt gibt folgende Antwort hierauf:

„Die „Gazeta Polska" ist eine eifrige Anhängerin der Demokratie — aber in England. Der „Kurjer Poranny" dagegen ist ein fanatischer Feind des Faschismus — aber in Italien. Und das ist der große und grundsätzliche Unterschied.".

„Das beste Exportgeschäft"

Wie bereits kurz berichtet, hat auf dem Kongreß des Nationalrats der amerikanischen Juden in St. Louis Herbert Samuel erklärt, daß die englischen und amerikanischen Juden einen Fonds in Höhe von 15 Millionen Dollar zur Finanzierung der Auswanderung von 100 000 Juden aus Deutschland geschaffen hätten. 10 Millionen Dollar würden von den amerikanischen und 5 Millionen von den englischen Juden aufgebracht.

Zu dieser Meldung erklärt der der Regierung nahestehende „Dziennik Poznański", daß Deutschland wieder einen erheblichen Teil seiner Juden loswürde. „Wider Willen," so erklärt das Blatt, „wirft sich hier die Frage auf, warum die humanitären angelsächsischen Juden nicht auch Polen helfen könnten, wenigstens einen Teil seiner Juden loszuwerden, die unser Land in der erheblichen Zahl von über drei Millionen bevölkern. Die ganze polnische Bevölkerung würde einen solchen Export Judas mit Genugtuung begrüßen. Das wäre sicher unser bestes Exportgeschäft."

Die Lehre von Czarnikau

Die Deutsche Vereinigung schreibt uns:

In den letzten Wochen mehren sich in der polnischen Presse heftige Angriffe auf die sich befehdenden deutschen Organisationen. Der der Regierung nahestehende „Dziennik Poznański" vom 5. 1. 1936, S. 5 schreibt wörtlich: „Was die deutsche Minderheit in unserem Staate anlangt, so muß das neue Jahr das Jahr werden, in dem die bisherigen Anschauungen revidiert und wichtige und entschlossene Entscheidungen gefällt werden sollen." Aeußerungen dieser und ähnlicher Art wiederholen sich in den nationaldemokratischen Blättern in noch schärferer Form. Die „Gazeta Leszczyńska" Nr. 18 vom 23. 1. 1936 fordert die deutschen Großgrundbesitzer auf, vor allem polnische Arbeiter zu beschäftigen, widrigenfalls man ihnen ihren Boden wegnehmen werde. Ganz gleich, welches Blatt man in die Hände nimmt, überall — Drohungen. (Vgl. „Gazeta Leszczyńska" Nr. 18 vom 23. 1. zwei Artikel, „Dz. Poranny" Nr. 22, „Dziennik Poznański" Nr. 23, „Nowy Kurjer" Nr. 23, „Kurjer Poznański" Nr. 45, „Siedm Groszy" Nr. 28/9 usw.) Die „Deutschen Monatshefte in Polen" 1935, Heft 3, schreiben leider noch viel zu zurückhaltend:

„Mit dürren Worten kann gesagt werden, daß während des Bestehens dieses Abkommens (der Freundschaftspakt zwischen Deutschland und Polen! Die Redaktion), das auch wir Deutsche um seiner völkerversöhnenden Grundlinie und seiner politischen Bedeutung für das Reich willen bejahen, die Vernichtung des deutschen Volksteiles in Polen größere Fortschritte gemacht hat, als je vorher. Während man in unwichtigen, äußerlichen Dingen eine mildere Hand hat, wird in Ostoberschlesien der deutsche Arbeiter und Angestellte täglich mehr auf die Straße gesetzt und das Deutschtum damit seiner Existenzgrundlage systematisch beraubt und zur Abwanderung gezwungen, in Mittelpolen die deutsche Schule gänzlich zum Erliegen gebracht, in Posen-Pommerellen durch die Bodenreform der deutsche Besitz in unverhältnismäßig stärkerem Maße zur Aufteilung herangezogen. Das Deutschtum Polens steht, vor allem was die nachwachsende Generation anbetrifft, in weitem Maße vor dem Nichts. Die polnische Gesellschaft aber faßt den Volkstumsgedanken als völkischen Egoismus auf, der allein dem polnischen Volke Lebensraum im polnischen Staate zugestehen möchte."

Es ist nur als Auftakt kommender Ereignisse zu werten, daß in den letzten Tagen eine Reihe jungdeutscher Versammlungen von polnischen Mitbürgern gesprengt worden sind, so in Tarnowko-Peterawe, Kreis Samter, Laßwitz und Alt-Laube bei Lissa, und zuletzt in Czarnikau. Aus der jungdeutschen Presse gewinnt man leider kein klares Bild von den Vorfällen.

Die „Deutschen Nachrichten" vom 30. 1. schreiben, indem sie sich in Widersprüche verwickeln, über Laßwitz wörtlich: „Dem tatkräftigen Eingreifen der Parteigenossen gelang es, die aufgehetzten Polen vom Saal fernzuhalten. Die Ruhestörer zerstörten die gesamte Saaleinrichtung und zertrümmerten alle Fensterscheiben und die Fensterkreuze". (?) Die Vorfälle in Tarnówko hat man unter den Tisch fallen lassen. Die „Deutschen Nachrichten" vom 26. 1. 36 wurden wegen des Artikels beschlagnahmt, der die Vorfälle in Czarnikau behandelte.

In Czarnikau sprachen am 24. Januar auf einer öffentlichen Kundgebung Herr Paweł Peplinski, Gauleiter Uhle und Senator Wiesner. Die anwesenden Polen sprengten während der Rede Wiesners die Versammlung.

Die Maulhelden Uhle und Wambeck versuchten gar nicht, Frauen, Mädchen und Fahnen mit ihrem Leben zu verteidigen, sondern brachten sich und ihre Autos, die zerstört werden sollten, in Sicherheit.

Wir bedauern diese Vorfälle aufs tiefste, müssen aber im Interesse unserer Volksgruppe und ihrer Zukunft zu den Ausführungen Uhles in Czarnikau Stellung nehmen, weil sie die nationale Würde des deutschen Menschen in Polen mit Füßen traten. Von Dr. Kohnert sagte Uhle, daß man ihn

mit Honig und Kuhdreck beschmieren

könne, er reagiere nie darauf. Er las eine Stelle aus der Königsberger Zeitschrift „Der Student der Ostmark" vor, in der ein gewisser stud. Drescher die Deutsche Vereinigung in würdeloser Weise mit Schmutz beworfen hat. Uhle wollte damit beweisen, „daß die Sympathien im Reich auf seiten der Jungdeutschen seien". Gegen den Schriftleiter der Zeitschrift sei zwar ein Verfahren eingeleitet worden, aber nur deswegen, weil er sich in Auslandsangelegenheiten eingemischt hätte, was verboten sei. Ein Teilnehmer der Versammlung schreibt uns:

„Herr Uhle erzählte, welch ein Held er sei, wie er im Süden der Provinz Versammlungen der DV. gesprengt und gegen dreißigfache Uebermacht Sieger geblieben sei. Die Deutsche Vereinigung habe nicht mal ihre Embleme geschützt usw. Die Verhöhnung der deutschen Volksgenossen durch Herrn Uhle machte auf die Versammlung einen niederschmetternden Eindruck, um so mehr, als Herr Uhle auch dann nicht das Thema wechselte, als die Störungsversuche der Polen bereits eingesetzt hatten. Es war nicht nur charakterlos, sondern auch sehr dumm von Herrn Uhle, denn er ist uns den Beweis für seine angebliche Kühnheit eine halbe Stunde später schuldig geblieben, und zwar gegen die fremde Minderheit.

Und was die Embleme anbetrifft, so wurden dieselben nicht nur nicht geschützt, sondern ein Parteigenosse wurde sogar von einem Versammlungsstörer gezwungen, zum Herabreißen eine Leiter herbeizuholen und das alles in Gegenwart des Landesleiters!

Herr Uhle hat auch das Zeug zum Kommandieren. „Herr Peplinski, zum Donnerwetter, schaffen Sie doch endlich mal Ordnung." Paweł Peplinski gab den Auftrag an Parteigenossen Gieske weiter, der mit Pg. Wohlfeil auf deutsche Brüder in Marunowo so „tapfer" eingeschlagen hatte. Bei Gieske blieb dann der Auftrag endgültig stecken, weil er in seiner Angst nicht wußte, was er machen sollte. Es fielen einem unwillkürlich die Worte ein: „Junge, sag mal dem Jungen, daß der Junge dem Jungen sagt ..."

Komisch, im Süden der Provinz war Herr Uhle angeblich so tapfer und hat alles Mögliche angestellt. Und hier?

„Hic rhodus, hic salta!"

Oder ist das vielleicht nicht sein Bezirk??! Herrn Uhle sei auf seine Selbstbeweihräucherung gesagt: **Es ist kein Zeichen von Mut, auf eigene Volksgenossen einzuschlagen und sich dieser Taten zu rühmen, sondern höchstens ein Zeichen von Charakterlosigkeit.** Wir wissen vom Kriege her, daß solche Maulhelden im Ernstfalle sich immer als lächerliche Etappenfiguren erwiesen haben."

In den schon ohnehin gelichteten Reihen der Jungdeutschen im Kreise Czarnikau hat die wilde Hetze Uhles starke Ernüchterung hervorgerufen. Es geht auch hier stark rückwärts. Selbst Jungdeutsche erklärten nach der Versammlung, daß Uhles ewige Hetze den Ekel in ihnen aufsteigen ließ und ihnen schon zum Halse heraushängt.

Volksgenossen der Jungdeutschen Partei! Ist Euch nicht endgültig klar geworden, daß Uhle ein krankhaft geltungssüchtiger, geistig harmloser Demagoge ist, für dessen Unfähigkeit Ihr einmal werdet büßen müssen? Werft diese Karrikatur eines Führers aus Eurer Partei heraus, damit wir wieder zueinanderfinden und drohendes Unheil von unserer Volksgruppe abgewendet wird!

Konsequenz aus dem deutschen Schriftleitergesetz

DaD. **Berlin**, 27. Januar. Aus Hamburg wurde gemeldet, daß der Verleger des „Hamburger Fremdenblattes", Kurt Broschek, von der Staatspolizei verhaftet sei, weil er den Bericht eines Schriftleiters über einen Vortrag, betreffend die Freimaurerei, selbst „aus der Setzerei zurückgeholt und ihn, entgegen seinen Befugnissen als Verleger, so verändert habe, daß die Freimaurerei als harmlose Angelegenheit dargestellt wurde". Herr Broschek befindet sich zwar wieder auf freiem Fuß, doch werden die Erhebungen gegen ihn fortgesetzt. Der Verleger wird des Eingriffs in die Befugnisse seiner Schriftleitung beschuldigt, die nach dem nationalsozialistischen deutschen Schriftleitergesetz von äußeren Einflüssen, gerade auch von einer Beeinflussung durch den Verlag, unbedingt frei sein soll. Der Fall Broschek hat nicht nur in Hamburg großes Aufsehen erregt, sondern wird auch im gesamten deutschen Zeitungswesen stark beachtet, da hier zum ersten Male die Konsequenz aus dem Schriftleitergesetz gezogen werden dürfte.

Vertrauensratwahlen 1936 am 3. und 4. April

Berlin, 28. Januar. Der Reichsarbeitsminister hat für die Abstimmung über die Listen der Vertrauensmänner und ihrer Stellvertreter im Jahre 1936 den 3. und 4. April bestimmt. Die Anordnung ist im Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeiger vom 28. Januar 1936 veröffentlicht.

Der Reichsarbeitsminister weist gleichzeitig darauf hin, daß die Feststellung des Abstimmungsergebnisses mit größter Beschleunigung zu erfolgen hat.

Die wichtigste Fremdsprachendruckerei der Welt

Sie befindet sich nicht in Leipzig oder Berlin oder London, sondern in dem holsteinschen Elbestädtchen Glückstadt. Diese Druckerei genießt bei den Wissenschaftlern aller Länder einen großen Ruf. Von dem Dänenkönig Christian IV. gegründet, verblieb sie im Wechsel der Zeiten immer in derselben Familie und feierte vor kurzem ihr 300jähriges Bestehen. Es ist die berühmte Druckerei Augustin. Hier wird in fast allen Sprachen der Welt gedruckt: hebräisch, syrisch, russisch, koptisch, persisch, chinesisch, armenisch, griechisch, siamesisch, tamulisch, malaisch, japanisch, tibetanisch usw. Man druckt sogar alle Negerdialekte, Hieroglyphen, Runen und Sanskrit. Es gibt wohl kaum eine Sprache oder sprachliche Aeußerung, die man in der Druckerei Augustin nicht zu drucken vermöchte. Sprachforscher aus aller Welt lassen die oft schwierigen phonetischen Drucke dort in Glückstadt besorgen.

Dank Brasiliens an den Völkerbundrat

Genf, 28. Januar. Der brasilianische Generalkonsul in Genf hat in einer Mitteilung an den Generalsekretär des Völkerbundes zu den Reden Litwinows im Völkerbundrat über den Streit mit Uruguay Stellung genommen. Er erklärte darin, die brasilianische Regierung habe den genauen Wortlaut der für Brasilien und seinen Präsidenten beleidigenden Reden des Vertreters der Sowjetunion abwarten wollen, um in aller Form gegen dieses ungewöhnliche Vorgehen Einspruch zu erheben. Inzwischen habe jedoch der Präsident des Völkerbundrates in vorbildlicher Korrektheit das einzig dastehende Verhalten des sowjetrussischen Delegierten zurückgewiesen. Die brasilianische Regierung bitte den Generalsekretär des Völkerbundes, dem Ratspräsidenten dafür zu danken, daß er unter so unerfreulichen Umständen die ritterliche Ueberlieferung und den Bildungsstand der im Völkerbund vertretenen Nationen zu wahren gewußt habe.

Griechenland vor schweren Entscheidungen

Die Kommunisten das Zünglein an der Waage

Athen, 28. Januar. Am Dienstag nachmittag ist das amtliche Wahlergebnis bekanntgegeben worden. Danach verteilen sich die Parlamentssitze wie folgt: Liberale (Venizelisten) 127, Volkspartei (Tsaldaris) 69, Listenverbindung Kondylis-Theotokis 63, Liste Metaxas 7, Republikaner 7, Gruppe Kotzamanis 4, Unabhängige Venizelisten 4, Kommunisten 15 Sitze.

Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß — bei Außerachtlassung der Kommunisten — im neuen Parlament 142 Venizelisten 143 Venizelistengegnern gegenüberstehen werden.

Der Umstand, daß die griechischen Wahlen zu keiner Entscheidung geführt haben, hat die innerpolitische Lage des neuen Königreiches äußerst verwirrt und den König vor folgenschwere Entschlüsse gestellt. Das Wahlergebnis verbietet die Bildung jeder natürlichen Mehrheit.

Es ist weder möglich, eine absolute Mehrheit durch Verbindung der Liberalen mit den Republikanern zu schaffen, noch eine solche durch Verbindung der Parteien zustandezubringen, die Gegner von Venizelos sind.

Es ergibt sich die groteske Situation, daß eine Mehrheit der monarchistischen ebenso wie der republikanischen Gruppe nur zustandekommen kann, wenn sich die Kommunisten einer von ihnen anschließen würden. Es ist aber nicht damit zu rechnen, daß die Kommunisten die Regierung einer dieser Gruppen auch nur tolerieren.

Warum Bevölkerungs- und Rassenpolitik im neuen Deutschland?

Von Dr. Walter Groß.

Die nationalsozialistische Bevölkerungs- und Rassenpolitik hat von allen Maßnahmen des neuen Deutschlands mit die stärkste Erörterung in der Weltöffentlichkeit hervorgerufen. Denn hier ging ein großer Staat plötzlich Wege, die nicht nur im einzelnen neu und manchmal ohne Vorbild waren, sondern deren Zielsetzung zugleich in einem gewissen Gegensatz zu den überkommenen liberalen Vorstellungen steht. Deshalb konnte es auch nicht verwundern, wenn anfänglich in der Welt gerade diesem Teil des nationalsozialistischen Aufbaus gegenüber Mißverständnisse und Vorurteile auftraten.

Ein volles Verständnis wird freilich nur der aufbringen, der sich über die grundsätzlichen weltanschaulichen Aenderungen klar geworden ist, die der Nationalsozialismus im Bild der Geschichte vollzogen hat. Wo früher, und ganz besonders unter der Herrschaft marxistischer Gedankengänge, Entstehen und Vergehen von Staaten und Kulturen als Folge wirtschaftlicher und allenfalls noch rein politischer Vorgänge betrachtet worden sind, sehen wir heute stärker als je die überragende Rolle wieder, die der Mensch als Träger und Gestalter von Wirtschaft, Staat und Kultur, von Politik wie Kunst und geistigen Strömungen spielt. Und wie für das Verstehen von Staaten und Kulturen die Kenntnis der Menschen wichtig ist, die sie schufen, so ist für das Erhalten staatlicher und kultureller Schöpfungen in erster Linie die Erhaltung ihrer Schöpfer und Träger entscheidend. Denn Kraft und Gesundheit des Blutes werden den Völkern nur einmal gegeben und lassen sich, sind sie zerfallen, niemals wieder aufbauen wie zerstörte Städte oder verwüstete Aecker. Deshalb hat eine einsichtige Politik vor die Sorge um die politischen und wirtschaftlichen Belange an sich die Sorge für die Erhaltung der biologischen, und das heißt der rassischen Kraft des eigenen Volkes zu setzen. Die lange Reihe untergegangener Staaten und Kulturen, die uns die Geschichte zeigt, beweist, wie unerbittlich sich das Vergessen dieser Tatsache rächt. Geschichte und Bevölkerungswissenschaft lehren nun, daß drei Vorgänge biologischer Art zur Zerstörung der rassischen Kraft eines Volkes und damit der Grundlagen von Staat und Kultur führen. Es sind der Rückgang der Zahl, das Anschwellen untauglicher Erbanlagen, die wahllose Rassenmischung.

Alle drei Vorgänge sind in den letzten Jahrzehnten auch im deutschen Volke zunehmend zu beobachten gewesen. Sie finden sich aber auch fast in den meisten anderen Kulturvölkern der Gegenwart, und so sind die Maßnahmen Deutschlands auf diesem Gebiet auch für die meisten anderen Staaten als Beispiel und Vorbild von unmittelbarer Bedeutung.

Ueber die zahlenmäßige Entwicklung des deutschen Volkes, das heißt vor allem über die Entwicklung seiner Geburtenziffern, sind im Ausland auch heute noch zum großen Teil irrige Vorstellungen verbreitet. Gewiß ist das deutsche Volk von 1870 bis jetzt von 42 Millionen auf 67 Millionen angewachsen. Aber schon lange zeigte sich, daß zur gleichen Zeit die Geburtenziffern ununterbrochen abfielen, so daß ein Geburtenüberschuß nur durch die gleichzeitige Senkung der Sterbeziffern, das heißt also die durchschnittliche Verlängerung des Einzellebens erzielt wurde. Und da diese Sterbeziffern sich nicht immer weiter senken lassen — denn wir können den Tod an sich nicht aus der Welt schaffen — so mußte der Augenblick eintreten, wo die weiter abfallende Geburtenziffer nicht mehr zum weiteren Wachstum, ja eines Tages nicht mehr zum bloßen Erhalt des zahlenmäßigen Volksbestandes ausreicht.

Deutschland hat im Jahre 1900 rund 2 Millionen Geburten gehabt, im Jahre 1933 erstmalig weniger als 1 Million. Das bedeutet, aufs Bevölkerungstausend berechnet, einen Abfall der Geburtenziffern von mehr als 30 auf weniger als 15% (Frankreich, das sogenannte klassische Land des Geburtenrückganges, brachte es zur gleichen Zeit noch auf 17,3% Geburten!). Setzt man diese Geburtenziffern mit den Sterbeziffern der betreffenden Jahre in Beziehung und berücksichtigt man dabei zugleich den eigenartigen Altersaufbau des deutschen Volkes, der zwangsläufig in der nächsten Zeit eine sehr starke Erhöhung der Sterbefälle herbeiführen wird, so ergibt sich nach Burgdörfer, daß Deutschland bereits seit dem Jahre 1926 keinen tatsächlichen Geburtenüberschuß mehr, sondern ein wirkliches Geburtendefizit hat von einem solchen Ausmaß, daß im Jahre 1933 bereits rund ein Drittel an der Geburtenzahl fehlte, die erforderlich ist, um auch nur den bloßen Bestand der deutschen Bevölkerung auf die Dauer zu halten.

Angesichts dieser bedrohlichen Lage wurden energische Maßnahmen zur Vermeidung des weiteren Geburtenrückganges erforderlich. Sie lagen und liegen zum Teil auf wirtschaftlichem Gebiet, wo der Staat durch Gewährung von Ehestandsbeihilfen die Schließung neuer Ehen erleichtert und durch Steuerbegünstigung kinderreicher Familien die wirtschaftlichen Lasten, die als indirekte Steuern besonders ungerecht die große Familie treffen, einigermaßen auszugleichen sucht. Der Nationalsozialismus war aber zugleich davon überzeugt, daß die wahre Ursache des Gebürtenrückgangs nicht in den wirtschaftlichen Nachteilen des Kinderreichtums an sich, sondern in der familien- und kinderfeindlichen inneren Haltung der vergangenen Zeit gelegen hat, und so setzte er an dieser Stelle mit einer gewaltigen Aufklärungs- und Erziehungsarbeit ein. Er lehrte das Volk wieder, daß der Weg in die Zukunft allein über ein starkes Geschlecht gesunder Kinder führt, und daß Glück und Größe der kommenden Generation zu einem wesentlichen Teil davon abhängt, daß sie auch zahlenmäßig stark genug ist, um im Wechsel geschichtlichen Lebens zu bewahren und zu verteidigen, was die Ahnen und Eltern erworben und geschaffen haben.

Die Erfolge der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik haben sich im letzten Jahre bereits in einer merkbaren Steigerung der Geburtenziffern gezeigt. So stolz wir Deutsche darauf sind, daß ganz offensichtlich unser Volk die Notwendigkeit unserer Forderungen auf diesem Gebiet begriffen hat, so wenig ist doch heute bereits die Gefahr des Geburtenrückgangs in Deutschland gänzlich überwunden. Wenn kürzlich Mussolini selbst in einem vielbeachteten Aufsatz die Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung und ihre Bejahung durch die Nation als Vorbild hingestellt hat, so darf dabei doch nicht verkannt werden, daß seine Schlußfolgerungen in dem fraglichen Artikel mit den Tatsachen unserer Geburtenlage nicht übereinstimmen. Gewiß ist es gelungen, die Geburtenziffer des Jahres 1934 gegenüber der des Vorjahres um 25% zu heben — ein Beweis für die unverbrauchte Kraft und das neue Vertrauen der Nation. Aber selbst diese Steigerung reicht, wie genaue Berechnungen erwiesen, noch keineswegs aus, um den Menschenbestand Deutschlands auf die Dauer zu sichern: Direktor Burgdörfer hat in seiner Antwort auf die italienischen Ausführungen nachgewiesen, daß eine Steigerung um 45% nötig wäre, wenn Deutschland seine Menschenzahl erhalten will. Es kann also keine Rede davon sein, daß die bevölkerungspolitischen Maßnahmen Deutschlands schon jetzt zwangsläufig ein gewaltiges Anwachsen der deutschen Bevölkerung zur Folge haben müßte. Ich erwähne das deshalb ausdrücklich, weil damit die politischen und militärpolitischen Befürchtungen hinfällig werden, die in einzelnen Auslandskreisen an die deutsche Bevölkerungspolitik geknüpft worden sind.

Deutschland kämpft heute auf diesem Gebiet nicht um ein sinnloses Wachstum seiner Menschenzahlen, sondern um die Erhaltung seines Bestandes, und seine Bevölkerungspolitik stellt deshalb nicht eine Bedrohung seiner Nachbarn dar, sondern den tatkräftigen und hoffentlich erfolgreichen Versuch einer großen Nation, die biologische Grundlage ihres Daseins zu sichern und in ihren Kindern die Voraussetzung für die Bewahrung der kulturellen Güter zu schaffen, die wir in unserer Geschichte der Welt schenken durften.

Die Sanktionsfrage

Sitzung der Sachverständigen des Achtzehnerausschusses

Genf, 29. Januar. Die Sachverständigen des Achtzehnerausschusses der Sanktionskonferenz hielten Mittwoch nachmittag unter Vorsitz des schwedischen Vertreters Westmann eine Sitzung, die vierte seit Beginn der Sühnemaßnahmen, ab, um die Durchführung der Sühnemaßnahmen nachzuprüfen. Es wurde zunächst von den seit der letzten Tagung eingegangenen Mitteilungen einiger Regierungen über die von ihnen erlassenen Gesetze und Verordnungen zur Durchführung der Sanktionen, besonders auch ie den überseeischen Ländern, Kenntnis genommen.

Von verschiedenen Ausschußmitgliedern wurde angeregt, der Ausschuß solle sich das notwendige statistische Material beschaffen, um ein

Gesamtbild von den Außenhandelsbeziehungen zwischen Italien und den an der Durchführung der Sühnemaßnahmen teilnehmenden Ländern

zu gewinnen. Dabei seien auch die Entwicklung der nicht verbotenen Ausfuhr nach Italien, sowie etwaige Anzeichen einer Umleitung der Ausfuhr über die an den Sanktionen nicht teilnehmenden Länder zu berücksichtigen.

Von anderer Seite wurde geltend gemacht, daß eine umfassende Kontrolle dieser Art die Zuständigkeit der Sachverständigen überschreiten würde. Das Ergebnis der Beratungen über diesen Punkt war der grundsätzliche Beschluß, einen Fragebogen ausarbeiten zulassen, in dem die Völkerbundmitglieder, also auch die nicht an den Sanktionen teilnehmenden Länder Oesterreich, Ungarn und Albanien, über ihren Handel mit Italien Auskunft geben sollen. Ueber die Nichtmitglieder des Völkerbundes soll die Wirtschaftsabteilung des Völkerbundsekretariats die erreichbaren Unterlagen beschaffen.

Der Bericht der Sachverständigen für die Durchführung der Sühnemaßnahmen soll mit den Schlußfolgerungen des am Montag zusammentretenden Ausschusses für die Oelsperre dem Achtzehnerausschuß vorgelegt werden, der sich Mitte Februar versammeln soll.

Rücktrittserklärung der griechischen Regierung

Demerdzis beim König

Athen, 29. Januar. Ministerpräsident Demerdzis wurde vom König empfangen, dem er das amtliche Wahlergebnis mitteilte. Gleichzeitig unterbreitete er die Rücktrittserklärung der Regierung zur Erleichterung der Bildung einer neuen politischen Regierung. Die Kammer wird wahrscheinlich vor dem festgesetzten Zeitpunkt einberufen werden.

Die Slowaken gegen die bolschewistische Gefahr

Eine Denkschrift an den Völkerbund.

Genf, 29. Januar. Der Vizepräsident des „Slowakischen Nationalrates", Wiktor Dvorchak, hat dem Völkerbund eine Denkschrift über die slowakische Frage in ihrem Zusammenhang mit dem Vorstoß der Sowjets nach Mitteleuropa überreicht. Die Denkschrift weist darauf hin, daß die Slowakei durch das sowjetrussisch-tschechische Militärbündnis vom 16. Mai 1935 zum Stützpunkt der Militärluftfahrt der Sowjetunion im Herzen Europas geworden sei. Damit seien die Wünsche der sowjetrussischen Luftfahrtfachleute erfüllt worden, denen die rund 1000 Kilometer lange Strecke von Minsk nach Berlin für den Ernstfall als zu gefährlich erschienen sei. Jetzt habe Sowjetrußland seine Luftstreitkräfte auf slowakischem Boden, von wo sie leicht Berlin, Warschau, Budapest und Wien erreichen könnten.

Dem slowakischen Volk liege nichts ferner als die bolschewistische Idee.

Es habe auch kein „tschechoslowakisches Nationalgefühl". Es sei gegen seinen Willen in diesen Zwitterstaat einbezogen worden, der auf der Zwickerstaat einbezogen worden, der auf der Lüge beruhe, daß die Slowaken Tschechen seien. Es lege deshalb nachdrücklich gegen die bolschewistische Ueberflutung Einspruch ein.

Der Führer der größten slowakischen Partei, Hlinka, habe Benesch seine Meinung über das Eindringen der Sowjets in die Slowakei bereits mitgeteilt. Diesmal handele es sich aber nicht nur um die Slowakei, sondern um ganz Europa. Die bolschewistische Gefahr stehe nicht mehr vor den Toren Europas, sondern mitten in diesem Erdteil.

Aufsehenerregender Kanalbau in Hinterindien

Flottenstützpunkt Singapore in seiner Bedeutung stark herabgemindert.

Amsterdam, 28. Januar. Holländische Blätter bringen die Nachricht, daß die Gerüchte über den Bau eines Kanals durch den Isthmus von Kra quer durch die Malakka-Halbinsel von Hinterindien durch die Japaner den Tatsachen entsprechen. Wie erinnerlich, war bereits vor einiger Zeit diese Behauptung der Oeffentlichkeit unterbreitet worden. Jedoch hatten die Japaner mit einem entschiedenen Dementi geantwortet. Nach den neuesten Meldungen ist jedoch an der Tatsache des Baues nicht mehr zu zweifeln. Mehrere hundert japanische Ingenieure mit 80 000 siamesischen Kulis sind bereits an den Vorarbeiten beschäftigt. Japanische Riesenbagger sind schon im Krafluß an der Arbeit. Der Wasserweg durch die Halbinsel soll bis zum Jahre 1940 fertiggestellt sein. Die Gesamtkosten werden auf 10 Millionen holländische Gulden veranschlagt. Die Bauleitung liegt in den Händen des siamesischen Staatsrats Dr. Luang, der in Paris studiert hat und jetzt die Abteilung Oeffentliche Arbeiten im Innenministerium in Bangkok leitet.

Die Tatsache des Baues läßt die engen Verbindungen zwischen Siam und Japan erkennen. Da Siam stark unter französischem Einfluß steht, wird man annehmen dürfen, daß auch Frankreich an diesem Projekt nicht völlig uninteressiert ist.

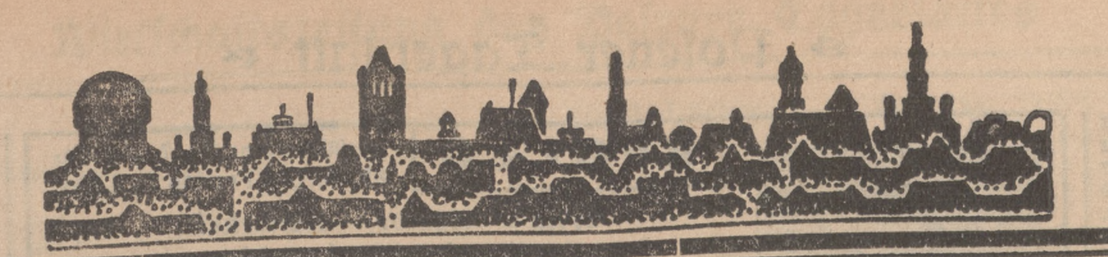
Die Vollendung des Kanals würde für Japan eine außerordentliche Erleichterung seiner Lage bedeuten. Es erhält durch diesen Bau die Möglichkeit, unmittelbar vom südchinesischen Meer in den Indischen Ozean zu gelangen, ohne an Singapore und damit an den Geschützen der Engländer vorbeifahren zu müssen.

Da außerdem die Reiseroute um 1000 Kilometer verkürzt wird, gewinnt Japan nicht nur eine militärische, sondern auch eine wirtschaftspolitische Erleichterung.

Deutsche Vereinigung

Versammlungskalender

O.-G. Friedenhorst: 31. Januar, ½5 Uhr: Jahresfest.
O.-G. Ostrowo: 1. Februar: Nothilfe-Kundgeb. (Oberschl. Spielschar).
O.-G. Pinne: 1. Februar, 7 Uhr: Jahresfest.
O.-G. Kąkolewo: 1. Februar, 3 Uhr: Jahresfest
O.-G. Hohenau: 1. Februar: Jahresfest.
O.-G. Goile: 1. Februar, 3 Uhr: Jahresfeier bei Wilhelm.
O.-G. Wreschen: 2. Februar, 2 Uhr: Versamml in Stralkowo.
O.-G. Altkloster: 2. Februar, 6 Uhr: Mitgl.-Vers. bei Flieger.
O.-G. Tannheim: 2. Februar, ½7 Uhr: Mitgl.-Vers. bei G. Winter.
O.-G. Peterawe: 2. Februar, 6 Uhr: Jahresfest bei Andreas.
O.-G. Kirchplatz-Borui: 2. Februar: Mitgl.-Vers
O.-G. Suschen: 2. Februar, 2 Uhr: Mitgl.-Vers. bei Hecke.
O.-G. Honig: 2. Februar, 5 Uhr: Mitgl.-Vers. bei Zwirner.
O.-G. Pleschen: 2. Februar: Mitgl.Vers. in Sobótka.
O.-G. Rawitsch: 2. Februar: Nothilfe-Kundgeb. (im Logengebäude).
O.-G. Moschin: 1. Februar, 6 Uhr: Mitgl.-Vers.
O.-G. Waldtal: 2. Februar, 5 Uhr: Mitgl.-Vers. in Grudno bei Kaiser.
O.-G. Bojanowo: 2. Februar, 3 Uhr: Mitgl.-Vers. in Katschkau bei Pawel.
O.-G. Gostyn: 4. Februar, 6 Uhr: Nothilfe-Kundgebung.
O.-G. Görchen: Jeden Dienstag um 7 Uhr Kam.-Abend in Görchen bei Krüger.
O.-G. Bnin: 2. Februar, 3 Uhr: Mitgl.-Vers.
O.-G. Schildberg: 2. Februar: Nothilfe-Kundgeb. (Oberschl. Spielschar).
O.-G. Droschkau: 3. Februar: Nothilfe-Kundgeb. (Oberschles. Spielschar) bei Apostel.
O.-G. Gostyn: 4. Februar, 6 Uhr. Nothilfe-Kundgebung (Oberschles. Spielschar).
O.-G. Obornik: 4. Februar, 6 Uhr: Mitgl.-Vers.
O.-G. Lissa: 5. Februar, 8 Uhr: Nothilfe-Kundgebung im Vereinshaus (Oberschl. Spielschar)

Aus Stadt  und Land

Stadt Posen

Donnerstag, den 30. Januar

Freitag: Sonnenaufgang 7.38, Sonnenuntergang 16.34; Mondaufgang 9.31, Monduntergang 0.06.

Wasserstand der Warthe am 30. Januar + 0,84 gegen + 0,78 Meter am Vortage.

Wettervorhersage für Freitag, den 31. Januar: Weitere langsame Abkühlung; Temperaturen am Tage um null Grad, nachts leichter Frost; nur zeitweise etwas aufheiternd; trocken; mäßige östliche Winde.

Teatr Wielki

Donnerstag: „Der Graf von Luxemburg" zu ermäßigten Preisen.
Freitag: „Rose-Marie"
Sonnabend: „Tosca" mit Stani Zawadzka.

Kinos

Beginn der Vorführungen um 5. 7. 9 Uhr im Metropolis 5.15. 7.15. 9.15 Uhr im Apollo an Sonn- u. Feiertagen schon um 3 Uhr

Apollo: „Unsterbliche Melodien" (Deutsch)
Gwiazda: „Aegyptische Nächte"
Metropolis: „Das Geheimnis des schwarzen Zimmers"
Sfinks: „Die rote Dame"
Słońce: „Es begann mit einem Kuß"
Wilsona: „Der kleine Oberst" (Engl.)

Schulfeiern am Namenstag des Staatspräsidenten

Anläßlich des Namenstages des Staatspräsidenten am 1. Februar hat der neue Unterrichtsminister einen Erlaß an alle Schulbehörden herausgegeben, der allgemeine Schulfeiern zu Ehren des höchsten Staatswürdenträgers an diesem Tage anordnet. Die Feiern sollen nach dem Erlaß dazu benutzt werden, die Schuljugend mit der Bedeutung der neuen Verfassung und der darin vorgesehenen Unterordnung aller anderen Staatseinrichtungen unter das Oberhaupt der Republik vertraut zu machen.

Nur ein Messebesuchstag für Schüler

Wegen der von Ausstellern bezüglich des Messebesuchs der Schulen vorgebrachten Klagen ist festgelegt worden, daß auf der diesjährigen Posener Messe, die vom 26. April bis zum 3. Mai stattfindet, ein Tag in der Woche für den Besuch der Messe durch Orts- und auswärtige Schulen bestimmt wird. Dieser Besuchstag ist Freitag, den 1. Mai. An diesem Tage werden aus allen Gegenden Polens billige Schul-Sonderzüge abgelassen, die größtmögliche Bahnfahrtnachlässe für Schulausflüge gestatten. An anderen Tagen werden Schulausflüge auf das Messegelände nicht zugelassen. Die Posener Messe dient in erster Linie als Instrument des Handels, ist eine Börse für von Jahr zu Jahr immer mehr modernisierte Waren und muß daher mit den Interessen der Kaufmannschaft und der Industrie rechnen, wobei sie alles das fernzuhalten sucht, was den Geschäftsabschlüssen schaden kann. Ohne die Zweckmäßigkeit der Didaktik, die freilich ein zweitrangiges Problem der Messe ist, zu leugnen, mußte ihr Bereich beschränkt werden.

Statistisches zum Landwirtschaftsstudium

Im allgemeinen ist man der Ansicht, daß der größte Teil der Studenten der Landwirts-, Forst- und Gartenbauhochschulen Landwirtssöhne sind. Wie die neuesten statistischen Angaben ergeben, ist dem nicht so. Vielmehr stammen nur 33% aller Studenten aus Landwirtschaften. Also nicht die, die in Zukunft Grundbesitz erben, sondern gerade die Stadtjugend studiert Landwirtschaft. Man kann nun aber nicht annehmen, daß sich die letztere aus reinem Idealismus mit dem Land-, Forst- und Gartenbau befaßt, um später einmal auf fremdem Grundbesitz ihre Kenntnisse anzuwenden, sondern, um später einmal selbst Grundbesitz zu erwerben.

Der geringe Prozentsatz der Landwirtschaft studierenden Landjugend und der verhältnismäßig große Prozentsatz der Landwirtschaft studierenden Stadtjugend läßt auf einen gewissen „Bevölkerungsaustausch zwischen Stadt und Land" schließen, was gleichzeitig einen Bildungsausgleich bedeutet. Obwohl dies von größter Wichtigkeit für die Allgemeinbildung der Bevölkerung ist, kann doch nicht übersehen werden, daß dies auf eine Verarmung der Landbevölkerung zurückzuführen ist.

Es waren mal zwei Lausbuben

Diese frohe Komödie mit Flip und Flap bringt das Kino „Słońce" in besonderen Vorstellungen für Aeltere, Kinder und Jugendliche nur zweimal, und zwar:

am Sonnabend, 1., und Sonntag, 2. Februar, um 3 Uhr nachmittags

zu ermäßigten Preisen.

Flip und Flap gehören mit zu den volkstümlichsten Komikern. „Es waren mal zwei Lausbuben" ist eine reizende Komödie, die sich durch beste Regie, vorzügliches Spiel und schöne Musik auszeichnet.

„Drei Schweinchen", „Der gestiefelte Kater" usw., das ist der Hintergrund dieser Komödie. Wer zwei vergnügte Stunden verleben will, der eile ins Słońce! Karten zu niedrigsten Preisen: Alle Parterreplätze 40 Groschen, alle Balkonplätze 50 Groschen — sind schon ab Freitag bei der Firma Kalamajski in den Kassenstunden von 12 Uhr bis 6.30 Uhr zu haben.

R. 442.

Handwerk und Arbeitsfonds

Der Vorstand des Verbandes der Handwerkskammern in Polen erörterte in seiner letzten Sitzung die Stellung des Handwerks zum Arbeitsfonds, wobei festgestellt wurde, daß der Arbeitsfonds dem Handwerk nur mit geringer Hilfe unter die Arme greife, während durch die Organisierung von Werkstätten in den Arbeitslagern die Entwicklung der eigentlichen Handwerksstätten gehemmt werde. In der Frage der Einstellung des Arbeitsfonds zum Handwerk haben Konferenzen in der Generaldirektion des Arbeitsfonds stattgefunden, auf denen die Arbeitsfondsvertreter viel Verständnis für die Forderungen und Pläne des Verbandes der Handwerkskammern zeigten, die darauf hinauslaufen die Arbeitslosigkeit im Handwerk zu verringern. Der Verband der Handwerkskammern hat im Verfolg dieser Konferenzen an die einzelnen Handwerkskammern folgenden Appell gerichtet: „Im Hinblick auf die bestehenden Möglichkeiten für eine Erweiterung der Aktion des Arbeitsfonds auf dem Gebiete des Handwerks wendet sich der Vorstand des Verbandes der Handwerkskammer an die Handwerkskammern, Innungen und sozialen Organisationen des Handwerks mit dem Vorschlage, eine aktivere Haltung in der Arbeit dadurch einzunehmen, daß zinslose Handwerkskassen ins Leben gerufen und die konkreten Möglichkeiten für eine Erhöhung des Beschäftigungsstandes der Jugend in den Handwerksstätten unter Berücksichtigung der Hilfe von seiten des Arbeitsfonds geprüft werden."

Zur Einschränkung des Etatismus

Was das Programm der Arbeiten der Sonderkommission für Angelegenheiten der Staatsunternehmen betrifft, so soll sich diese Kommission, deren Programm auf der heutigen Sitzung des Wirtschaftskomitees bestätigt werden dürfte, in der Form konkreter Anträge zu den bereits von den Wirtschaftskreisen geltend gemachten Thesen zu der geplanten Verordnung über die Einschränkung der staatlichen Wirtschaftsführung äußern. Die Kommission plant die Aufstellung einer Liste derjenigen Unternehmen, deren Führung durch den Staat wirtschaftlich unbegründet ist, so daß also diese Unternehmen an Privatindustrielle verkauft werden könnten. Wie verlautet, wollen die Staatsbehörden, ohne das Ergebnis der Untersuchung dieser Kommission abzuwarten, im eigenen Bereich eine Lösung der Frage suchen, wie durch die Einschränkung des Etatismus möglichst günstige Bedingungen für die Privatwirtschaft geschaffen werden können.

Die Immobiliensteuer in Dorfgemeinden

Durch eine Verordnung des Staatspräsidenten vom 14. Januar 1936 ist das Gesetz über die Immobiliensteuer abgeändert worden. Im Sinne des Artikels 1 der neuen Verordnung unterliegen der Immobiliensteuer in Dorfgemeinden Immobilien aller Art mit Ausnahme unbebauter Landflächen über 5000 Quadratmeter, die ständig als Felder, Wiesen, Weiden und Gärten genutzt werden. Ebenso unterliegen Landflächen nicht der Immobiliensteuer, die mit Wald bestanden sind oder Gewässer, die zur Fischzucht und zum Fischfang ausgenutzt werden.

Der Immobiliensteuer in Dorfgemeinden unterliegen Gebäude und dazugehörige Nebengebäude, Höfe und Plätze, die nicht mit dem landwirtschaftlichen Betriebe, der Garten- oder Waldwirtschaft unmittelbar in Verbindung stehen. Zu den Gebäuden, die mit dem landwirtschaftlichen Betriebe, der Wald- und Gartenwirtschaft in direkter Verbindung stehen, gehören Wirtschaftsgebäude, die für die Landwirtschaft bestimmt sind, sowie Gebäude, die vom Eigentümer, Pächter oder deren Familienmitgliedern und Hausangestellten sowie von Personen, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind, bewohnt werden. Die Verordnung in dieser Form weicht in vielen Punkten von dem ursprünglichen Regierungsentwurf ab und wurde in ihrem Text mit den Vorschlägen des Verbandes polnischer Gärtnervereine in Uebereinstimmung gebracht.



Vorführung des Films „August der Starke" in Warschau

Am Montag fand in der Filmabteilung des Innenministeriums eine Probevorführung des Films „August der Starke" statt, der bekanntlich der deutsch-polnischen Gemeinschaftsarbeit auf dem Gebiete des Films entsprungen ist. Regie führt darin Paul Wegener. Die Kostüme wurden zum Teil vom Teatr Polski in Warschau zur Verfügung gestellt, während die polnischen Dialoge Stanisław Wasilewski kontrolliert hat. Der Vorführung wohnten Mitglieder der deutschen Botschaft in Warschau, höhere Beamte des Innenministeriums, sowie Vertreter der polnischen Kunst und Literatur bei.

Terminverschiebungen für Steuererklärungen

Durch Verordnung des Finanzministers vom 27. Januar wird der Termin für die Abgabe von Einkommenserklärungen durch physische Personen, die ordnungsmäßige Handels- oder Wirtschaftsbücher führen, im Steuerjahr 1936 vom 1. März auf den 1. April verlegt. Mit dieser Verordnung wird auch zugleich der Zahlungstermin der fälligen Einkommensteuerrate für obengenannte Personen auf den 1. April gelegt. Andere Termine für die Abgabe von Deklarationen sind unverändert geblieben wie zum Beispiel 1. März: Deklarationen über den Umsatz physischer Personen und für das Einkommen physischer Personen, die keine Handelsbücher führen; 1. Mai: Erklärungen über Einkommen und Umsatz juristischer Personen.

Das Bankgeheimnis bleibt

Durch die neuen Vorschriften über die Pflicht zur Auskunfterteilung an die Finanzbheörden in Steuerangelegenheiten, die durch die soeben durchgeführte Aenderung der Steuerordnung in Kraft getreten sind, wird das Bankgeheimnis gemäß § 3 des Art. 60 der Steuerordnung nicht berührt. Es bleibt vielmehr in dem im genannten Paragraphen bezeichneten Umfang aufrechterhalten.

Koczalski als Solist des nächsten Sinfoniekonzerts

Auf dem nächsten Konzert der Städtischen Philharmonie, das am 4. Februar stattfindet, wird der berühmte polnische Pianist Raoul Koczalski, der letztens mit großem Erfolg in verschiedenen Städten Deutschlands aufgetreten ist, die Partie des Solisten übernehmen. Koczalski, der mit hohen Orden verschiedener Staaten ausgezeichnet wurde, wird sich auch als Komponist vorstellen. Dirigent des Konzerts ist Professor Nowowiejski. Auf dem Programm steht u. a. die 5. Sinfonie von Beethoven, deren Faksimile vom Berliner Philharmonischen Orchester Dr. Furtwängler an seinem 50. Geburtstage zum Geschenk gemacht wurde.

*

Zum Spielplan des Teatr Wielki sei bemerkt, daß der für heute angekündigte „Troubadour", wie aus dem Kalender hervorgeht, nicht gegeben wird.

Rätselhafte Vergiftung

Am Mittwoch abend sind drei in der ul. Ewangelicka 1a wohnende Frauen, die 70jährige Marja Sierszulska, deren Schwiegertochter Władysława Sierszulska und die verwitwete Tochter Jadwiga Zbierska, nach dem Genuß von Fleisch und Schwarzsauer an Vergiftungserscheinungen erkrankt, so daß die Rettungsbereitschaft ihre Ueberführung in das Krankenhaus vornehmen mußte. Die beiden jüngeren Frauen begaben sich ins Krankenhaus, während die alte Mutter sich weigerte. Nach der ersten ärztlichen Hilfe konnte die Schwiegertochter das Krankenhaus wieder verlassen, während die zweite Tochter, bei der die Vergiftungserscheinungen ernstlicher waren, im Krankenhaus verbleiben mußte. Die Mutter aber, die sich geweigert hatte, ins Krankenhaus gebracht zu werden, starb bald darauf. Der 9jährige Sohn Henryk Zbierski wurde nicht krank, da er nur von dem Fleisch, nicht aber von dem Schwarzsauer gegessen hatte, das wahrscheinlich die Ursache der Vergiftung gewesen ist. Es kann freilich auch verdorbenes Obst als Vergiftungsursache in Frage kommen.

Feier des 30. Januar

Wie das Deutsche Generalkonsulat in Posen mitteilt, findet aus Anlaß der Wiederkehr des Tages der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland am 1. Februar um 18 Uhr in den Räumen der früheren Grabenloge in Posen, ul. Grobla 25, eine gemeinsame Feier der Reichsdeutschen statt, zu der herzlich eingeladen wird. Als Ausweis gilt der Paß.

Bau einer KDF-Festhalle in Garmisch

München. Wie der „Völkische Beobachter" meldet, wird seit zwei Tagen in Garmisch-Partenkirchen daran gearbeitet, auf einer weiten Wiese eine KDF-Festhalle zu bauen. Die Halle, die etwa 4000 Menschen fassen soll, wird zum Beginn der Olympiade vollendet sein. Den KDF-Urlaubern soll diese Halle eine Verpflegungsstätte sein, damit sie nicht gezwungen sind, in Hotels sich zu verpflegen. Die Halle wird aus Holz gebaut.

Wochenmarktbericht

Der Mittwochs-Wochenmarkt nahm den gewohnten Verlauf, zeigte ein reichliches Warenangebot, war allerdings nur mäßig besucht. Ebenso war die Nachfrage gering. Für Molkereierzeugnisse wurden folgende Preise gefordert: Tischbutter 1,40—1,50, Landbutter 1,20—1,30, Weißkäse 30—35, Sahnenkäse 60, das Liter Milch 20, Sahne das Viertelliter 30—35; Eier sind billiger geworden und kosten die Mandel 1,30—1,40, Kisteneier 1,00. An den Fleischständen waren folgende Preise vermerkt: Schweinefleisch 60—90, Rindfleisch 50—90, Hammelfleisch 50—90, Kalbfleisch 50—1,20, roher Speck 75—85, Räucherspeck 1,10, Schmalz 1,10—1,20, Gehacktes 60—70, Kalbsleber 1,10—1,20, Schweine- und Rinderleber 40—80, Wurstschmalz 60. Geflügel war genügend vorhanden und wurde zu wenig veränderten Preisen angeboten. Für Hühner zahlte man 1—3, für Enten 2,40—5, Gänse 3,50 bis 7, Fettgänse das Pfd. 0,80—1, Tauben das Paar 1—1,30, Puten 3,50—6, Perlhühner 1,80—3, Kaninchen 1—2, Fasanen 2,40—2,70, Rehfleisch 60—80 das Pfd. — Der Gemüsemarkt lieferte Rosenkohl für 30—35, Grünkohl kostete 25—30, Weißkohl das Pfd. 10—15, Rotkohl 15, Wirsingkohl 15, Blumenkohl der Kopf 30—1,00, Salat 20—30, Bohnen 25—40, Erbsen 25—35, Sauerkraut 15, Meerrettich 40, Majoran 10, Suppengrün 5—10, Kartoffeln 4—5, Salatkartoffeln 10—15, Schwarzwurzeln 30—35, getrockn. Pilze das Viertelpfund 60—80, Kohlrabi 30, Kürbis 15—20, Spinat 35—40, saure Gurken 5—15, Mohrrüben 10—15, rote Rüben 10, Zwiebeln 15—20, Sellerie 25, Backobst 90—1,00, Backpflaumen 90—1,20, Aepfel 20—60, Apelsinen 15 bis 40, Mandarinen 10—20, Zitronen 15—20, Bananen 30—40, Pflaumenmus 80, Feigen 1,00, Mohn 40—50, Rhabarber 50, Weintrauben 1,00, Walnüsse 1—1,30, Haselnüsse 1,20—1,30, Wruken 10 Gr. — Auf dem Fischmarkt war die Auswahl an lebender und toter Ware gering. Man verlangte für Hechte leb. 1,30, tote 0,90—1, Karpfen 1—1,40, Schleie 1,20, Weißfische 30—80, Barsche 45—90, Salzheringe 10—15, grüne Heringe 35. Auch hier ließ die Nachfrage zu wünschen übrig.

Aus Posen und Pommerellen

Obornik

rl. **Leichtsinn.** Herr F. Kasprzycki aus Rogasen bat einen ihm unbekannten Mann auf dem Bahnhof in Rogasen, einen kleinen Koffer nach Obornik mitzunehmen und seinem Bruder Aleksander, der auf dem Bahnhof in Obornik warten würde, zu übergeben. Leider wartete

Lustiger Rekordmonat des „Słońce"

Die Direktion des Kinos „Słońce" veranstaltet in dem Bestreben, allen denen, die durch die Wirtschaftskrise und Herabsetzung der Gehälter bedrückt sind, etwas Freude zu bringen, einen lustigen Rekordmonat. In diesem Monat werden die heitersten Filme bei bedeutend herabgesetzten Preisen gebracht.

**Die besten und heitersten Filme!
Niedrige Preise: schon von 50 Groschen!
Amerikanisches Tempo! Alle paar Tage neues Programm!**

Als erstes kommt die überaus melodiöse Wiener Komödie „Der Held wider Willen", in der die Komiker Szöke Szakall und Otto Wallburg auftreten. Ihre reizende Partnerin ist die Russin Mary Lossef. Man rechnet mit starkem Besuch während des Rekordmonats.

R. 441.

sein Bruder vergebens auf den Ueberbringer nebst Koffer. Es stellte sich heraus, daß der unbekannte Ueberbringer eine Station vor Obornik, in Parkowo, ausgestiegen war und sich in unbekannter Richtung entfernt hatte. Der Koffer enthielt einen Ondulierapparat im Werte von 400 Zł.

rl. **Bettlerplage.** Mit der warmen Witterung beginnt auch jetzt wieder die Bettlerplage. Insbesondere wird in letzter Zeit unsere Stadt von der Plage befallen. Das hiesige Wohltätigkeitsbüro „Caritas“ bittet, im Interesse der Bekämpfung des Bettelunwesens keine Barunterstützungen zu geben, da dieselben doch in Alkohol umgesetzt werden. Das Büro gibt Bons zu 1 und 2 Groschen aus, die man den Bettlern geben soll, die sie dann einlösen können.

Schroda

Kundgebung für die Nothilfe

Der Wohlfahrtsdienst Posen hatte am 28. Januar zu einer Nothilfekundgebung für Oberschlesien und Lodz eingeladen, wobei die Deutsche Vereinigung die Ausgestaltung des Abends übernommen hatte. Geladen und erschienen waren aber alle Volksgenossen. Es muß als sehr glücklicher Griff bezeichnet werden, daß die Deutsche Vereinigung sich die Mithilfe der Oberschlesischen Spielschar sicherte.

Aus eigener Anschauung brachten diese jungen Kameraden, selbst Kinder von Arbeitslosen, uns die unendliche Not im oberschlesischen Industriegebiet nahe. Eine Ansprache des Kameraden Benke ließ uns einen tiefen Blick tu nin einen Abgrund von Not, Elend, Hunger. Nach einem geschichtlichen Rückblick auf die Entstehung, Entwicklung und das langsame Sterben der Industrie in seiner Heimat. ließ Vg. Benke erschütternde Bilder vor unserem geistigen Auge vorüberziehen. Am Schluß der eindringlichen, uns alle tief bewegenden Worte stand die Mahnung: „Laßt uns nicht im Stich, wir dürfen unsere Brüder in Not nicht versinken lassen, sie gehören ja zu uns und wir zu ihnen.“ Es klang aus in einem Sprechchor: „Opfert, Opfert, Opfert!“ Auch der Gleichgültigste konnte sich dem Eindruck nicht entziehen, daß hier eine ernste Pflicht für uns vorliegt. Das Ergebnis der Sammlung betrug 401 Zloty. Dank sei allen dafür.

An alle diejenigen, die verhindert waren, den Abend mit uns zu verleben, ergeht die Bitte: „Sendet noch nachträglich Eure Spende auf das Konto: Wohlfahrtsdienst bei der Landesgenossenschaftsbank unter „Notstandshilfe Oberschlesien und Lodz“.

Bojanowo

Verband für Handel und Gewerbe

Am Freitag, 24. Januar, hatte die Ortsgruppe des Verbandes für Handel und Gewerbe zur Generalversammlung eingeladen. Hauptgeschäftsführer Dr. Thomaschewski war aus Posen herübergekommen, um Entlastung und Neuwahl zu leiten. Nachdem Schriftführer Walter den Geschäftsbericht verlesen hatte und die Kassenprüfer über die ordnungsmäßige Führung und Prüfung der Kasse berichtet hatten, sprachen sich die Versammelten einstimmig für Entlastung des bisherigen Vorstandes aus. Um an der weiteren Arbeit der Ortsgruppe auch die auf der Versammlung nicht anwesenden Kreise des städtischen Deutschtums zu interessieren und mit beteiligen zu können, wurde die Neuwahl der Aemter auf eine für Anfang März vorgesehene Sitzung verschoben, zu der dann allgemeine Einladungen versandt werden sollen. Dr. Thomaschewski sprach dann über die Arbeit des Verbandes, insbesondere über die geplante Tischlertagung und die weiteren Folgerungen aus der Aufgliederung in Fachschaften. Anschließend erhob sich eine lebhafte Diskussion, an der sich die meisten Versammlungsteilnehmer beteiligten. Bis zur endgültigen Neuwahl wurde der bisherige Vorstand mit Zustimmung aller Anwesenden mit der Weiterführung der Ortsgruppengeschäfte betraut.

Sport vom Tage

Fußballkampf Polen—Deutschland nach Posen gewünscht

In der Eröffnungssitzung des neuen Vorstandes des Posener Bezirks-Fußballverbandes ist u. a. auch die Frage des nächsten Fußball-Länderkampfes Deutschland—Polen erörtert worden, der Posen zugeteilt werden soll, weil es schon seit drei Jahren keinen Länderkampf mehr erlebt hat. Es wurde deshalb beschlossen, sich an den Posener Magistrat mit einem Schreiben zu wenden, in dem verlangt wird, daß das ganze Amphitheater des Stadions zur Verfügung gestellt würde, da nur dann die erwarteten Zuschauermassen Platz finden könnten. Man hofft, daß die Bemühungen um Länderkampf und Ganz-Stadion-Freigabe von Erfolg begleitet sein werden, so daß in Posen ein erstrangiger Länderkampf stattfinden würde, der zugleich ein Jubiläumstreffen des Bezirks wäre.

Polnischer Sieg auf dem Berliner Reitturnier

Am Dienstag abend waren in der Berliner Deutschlandhalle die Ausländer in einem Jagdspringen um den Preis des Reichsaußenministers unter sich. Zwölf von 19 Pferden gingen fehlerlos über die Bahn und im Stechen blieben fünf wieder fehlerlos. Polen stellte zum Stichkampf allein sieben Pferde, Italien drei. Sieger wurde der polnische Major Lewicki auf Duncan mit 0 Fehlern in 18,3 Sek. vor Leutnant Bauer-Schweden auf Caprice 0 Fehler 18,4 Sek., Leutnant von Komorowski-Polen auf Wizja 0 Fehler 19,1 Sek., Major Graf Bettoni-Italien auf Judex 0 Fehler 19,2 Sek. und Major Lewicki auf Tikimora 0 Fehler 19,3 Sek.

Der Lodzer J. K. P. protestiert

Der Lodzer Meister JKP. hat an den Polnischen Boxverband ein Schreiben gerichtet, in dem die Lodzer bitten, das Treffen JKP.—Skoda, das in Warschau zur Durchführung gelangte, auf neutralem Boden auszutragen. Bekanntlich verlor JKP. diese Begegnung 11:5, doch gab es bei dieser Veranstaltung eine Reihe von Fehlurteilen, die die Lodzer bewogen haben, an den Boxverband dieses Schreiben zu richten.

Oesterreichischer Fußballsieg in Lissabon

Nach ihrem Erfolge gegen Spanien konnte Oesterreichs Fußballmannschaft auch in Lissabon den Länderkampf gegen Portugal vor etwa 25 000 Zuschauern mit 3:2 (2:1) gewinnen. Technisch waren die Oesterreicher ihren Gegnern ganz überlegen und zeigten wunderbares Kopfballspiel und ausgezeichnetes Zusammenspiel. Dennoch brachten sie nicht die Leistung auf, die sie gegen Spanien aufzuweisen hatten.

Gordon-Benett-Wettfliegen

Polen, das im vorigen Jahre zum dritten Male den Gordon-Benett-Wanedrpreis gewonnen hat, veranstaltet auch in diesem Jahre das Wettfliegen, das am 30. August in Warschau starten soll. Wie es heißt, werden zum ersten Male auch sowjetrussische Ballons an diesem Wettfliegen teilnehmen. Auch die Beteiligung von Italien und Spanien ist angekündigt. Außerdem werden alle anderen Nationen, die bisher an dem Gordon-Benett-Fliegen teilnahmen, sich wiederum beteiligen.

Stella Walasiewicz starkmüde

Die bekannte polnische Kurzstreckenläuferin und Olympiasiegerin Stella Walasiewicz, ebenso bekannt unter ihrem amerikanischen Namen Stella Walsh, will angeblich mit der Teilnahme an den Olympischen Spielen ihre aktive sportliche Laufbahn beenden. Stella Walasiewicz wurde in Polen geboren, kam aber bereits als einjähriges Kind nach den Vereinigten Staaten, wo sie in Cleveland von Walter Bosley „entdeckt“ wurde. Ihr größter Erfolg war der Olympiasieg über 100 Meter in Los Angeles. Daneben stellte sie zahlreiche Weltrekorde auf, die aber ihre Besitzerin fast ausnahmslos bereits wieder gewechselt haben.

Jarotschin

× **Nothilfekundgebung für Oberschlesien und Lodz.** Am Sonntag, dem 2. Februar, nachmittags 5 Uhr findet im Saale des Evangelischen Vereinshauses in Jarotschin eine Nothilfekundgebung zugunsten der Notstandsgebiete Oberschlesien und Lodz statt. Lieder, Sprechchöre, ein Laienspiel und Ansprachen werden der Ausgestaltung dieser Feierstunden dienen. Es steht zu erwarten, daß das gesamte Deutschtum unseres Kreises an dieser vom Deutschen Wohlfahrtsdienst Posen angesagten Veranstaltung teilnimmt.

Lissa

Fortgang der Arbeitslosendemonstration

k. Am gestrigen Mittwoch wiederholten sich die Arbeitslosendemonstrationen, von denen wir bereits in unserer gestrigen Ausgabe berichtet hatten. In den Vormittagsstunden sammelten sich große Mengen von Arbeitslosen und Reemigranten vor dem Rathaus und verlangten Brot und Arbeit. Während die Demonstration am Vortage, also am Dienstag, verhältnismäßig ruhig abgelaufen ist, war dies gestern nicht der Fall. **Die Demonstranten brachten Steine mit und warfen mit diesen einige Fenster im Parterre und ersten Stock des Rathauses ein.** Auch die Polizei, die gestern in verstärktem Maße angetreten war und sich wie auch am Vortage vorbildlich benahm, war immer wieder bemüht, im guten mit den Demonstranten auszukommen, wurde von diesen mehrfach attackiert und mit Steinen beworfen, so daß einige Polizisten durch Steinwürfe und Stockschläge verletzt wurden. **Zum Auseinandertreiben der Demonstranten wurden Tränengasbomben benutzt,** die teilweise ihren Zweck erfüllten, aber nicht ganz, denn die Demonstranten verharrten den ganzen Tag über auf dem Markt, und am Abend konnte man beobachten, wie halbwüchsige Burschen die Gelegenheit der allgemeinen Unruhe wahrnahmen und mit Steinen gegen die Polizisten vorgingen. **Bis in die späten Abendstunden war es um den Ring herum sehr unruhig.** Die Polizei hat eine ganze Reihe von Verhaftungen vorgenommen.

k. **Vom Imkerverein.** In der letzten Versammlung des Imkervereins für Lissa und Umgegend wurde vor allem darüber verhandelt, ob der Verein weiter zum Großpolnischen Imkerverband gehören soll oder ob er sich selbständig macht. Einstimmig wurde ersteres beschlossen. Der Vorsitzende des Vereins gab dann bekannt, daß im vergangenen Jahre in Lissa und Lissa-Kreis insgesamt etwa 20 000 Kilogramm Bienenhonig gewonnen wurden. Zum Schluß der Versammlung wurden verschiedene interne Vereinsangelegenheiten besprochen.

Rawitsch

— **Hilfsverein Deutscher Frauen, Rawitsch.** Die Vorbereitungen für das am Sonntag, dem 16. Februar, in den Räumen des Schützenhauses zu veranstaltende Wohltätigkeitsfest für die Suppenküche und unsere Armen sind in vollem Gange. Es werden diejenigen Teilnehmer, welche die Absicht haben, kleine Geschenke (Handarbeiten usw.) für die Schießbude und andere Unterhaltungsstätten zu spenden, gebeten, solche bei Frau Gertrud Gollnisch freundlichst abgeben zu wollen. Geschenke zum Büfett wolle man erst am Sonntag, 16. Februar, im Schützenhause ab 10 Uhr vormittags abgeben.

Es wird gleichzeitig nochmals an die Mitgliederversammlung am 4. Februar, 5 Uhr nachmittags im 2. Pfarrhause erinnert.

— **Vortrag über Säuglingspflege.** Der dritte Vortrag über Säuglingspflege, den Frau Pastor Geddert im 2. Pfarrhause hält, ist am Freitag, 31. d. Mts., abends 8 Uhr.

— **Neue Zuchtbullenstation.** Die Starostei gibt bekannt, daß durch die Großpolnische Landwirtschaftskammer bei den Landwirten Stanisław Taczala in Wilhelmsgrund, Thomas Kalka in Tarchalin und Michał Kubiak in Piskornia neue Zuchtbullenstationen gebildet wurden.

Strelno

ü. **Ein Fünfundsiebzigjähriger.** Am 29. Januar beging der Landwirt Robert Müller, Besitzer einer 320 Morgen großen Landwirtschaft in Ciechrz, in körperlicher und geistiger Frische im Kreise seiner Angehörigen seinen 75. Geburtstag. Herr Müller, der zu deutschen Zeiten 17 Jahre hindurch das Schulzenamt verwaltete, erfreut sich seines aufrichtigen deutschen Charakters wegen allgemeiner Achtung und Wertschätzung, was die ihm aus nah und fern gesandten und dargebrachten Glückwünsche bewiesen. Eine Abordnung des Gemeindekirchenrats Strelno mit Herrn Pfarrer Mix an der Spitze beglückwünschte den langjährigen Mitarbeiter und überreichte ihm ein Bild der Strelnoer Kirche.

Tremessen

ü. **Stellv. Bürgermeister amtiert.** Auf Anordnung des Kreisstarosten Boduszewski wurde der Notar Szymański zum stellv. Bürgermeister hiesiger Stadt ernannt und am 25. d. M. vereidigt, worauf er an Stelle des seit längerer Zeit erkrankten Bürgermeisters Fengler die Stadtleitung übernahm.

Vandsburg

§ **Kundgebung für Notstandsgebiete.** Zugunsten der Notstandsgebiete Oberschlesien und Lodz fand am Donnerstag der Vorwoche abends eine Feierstunde statt, die von einer aus 14 Personen bestehenden Spielgruppe aus Oberschlesien ausgestaltet wurde. Zahlreich hatten sich die Volksgenossen aus Stadt und Land eingefunden, so daß der Saal bis auf den letzten Platz besetzt war. Nachdem die Jugendgruppe vor der Bühne Aufstellung genommen hatte, öffnete sich der Vorhang, und mit schmetternden Fanfaren grüßten die Kameraden aus Oberschlesien die Teilnehmer. Hierauf richtete Vg. Krebs-Vandsburg herzliche Begrüßungsworte an die Versammelten und gab Streiflichter von der traurigen Notlage der Gebiete Oberschlesien und Lodz. Er forderte auf, für das gewaltige Liebeswerk der Deutschen Nothilfe, das keine Parteien und Gruppen kennen soll, zu opfern. Darauf kam die Spielschar aus Oberschlesien zu Wort. Eine Reihe von Sprechchören und Gesängen zeugten von dem starken Willen, dem furchtbaren Elend zu Leibe zu rücken. Ein Mitglied der Spielschar berichtete in längeren Ausführungen von der Aufbauarbeit der Industrie, ihrer Blütezeit, der Schließung von Betrieben und der damit verbundenen Not. Zum Schluß gelangte das deutsche Spiel „Notland“ zur Aufführung.

Dobrzyca

gk. **Maskenball.** Am letzten Sonntag veranstaltete die Ortsgruppe Dobrzyca des Verbandes für Handel und Gewerbe einen Maskenball im Saale des Gasthauses Goetz. Das bunte Bild der vielen Masken, ihre Fröhlichkeit und das Rätselraten um die einzelnen Träger der Kostüme bei den Zuschauern ließ zu den frischen Klängen der Musik bald rechte Faschingsstimmung in den Saal einziehen. Molkereibesitzer Otto Greczmiel hieß Mitglieder und Gäste des Veranstalters herzlich willkommen und wünschte dem Feste einen frohen Verlauf. Erst in den frühen Morgenstunden legten die meisten Maskenträger ihr prämiiertes oder nichtprämiiertes Kostüm ab, um nach der Nacht des Frohsinns und des Faschingstrubels wieder Werkmensch zu werden.

Prager Stadtpläne

Der neugewählte tschechoslowakische Staatspräsident Dr. Benesch hat dem Prager Oberbürgermeister einen Besuch abgestattet. Dabei wurden die zukünftigen Pläne der Hauptstadt besprochen. Als unbedingt erforderlich bezeichnete der Oberbürgermeister den Bau einer Untergrundbahn. Präsident Benesch wies darauf hin, daß die Hauptstadt nicht künstlich vergrößert werden sollte, sondern daß andere große Städte ebenfalls gefördert werden müßten, um eine ungesunde Zentralisierung zu vermeiden.

In dem Zusammenhang ist auch ein Bauproblem zu erwähnen, das den Prager Hauptbahnhof betrifft. Es ist beabsichtigt, den gegenwärtigen Wilson-Bahnhof, den früheren Franz-Josefs-Bahnhof, zum Zentralbahnhof umzubauen und hier den gesamten Personenverkehr nach allmählicher Auflassung des heutigen Denis-Bahnhofs und des Masaryk-Bahnhofs zusammenzulegen. Zu diesem Zweck sollen einige der in der Umgegend des Wilson-Bahnhofs befindliche Gebäude (vorwiegend Lagerhäuser) abgebrochen werden. Auf der so gewonnenen Fläche werden dann die für den erweiterten Verkehr notwendigen Gleise und neuen Bahnsteige angelegt werden. Die Einzelpläne sind noch nicht ausgearbeitet. Da die Frequenz des Wilson-Bahnhofs gegenwärtig etwa 30 000 Personen täglich beträgt, die des Masaryk-Bahnhofs 20 000 und die des Denis-Bahnhofs 15 000, so sind für die hundertprozentige Verkehrssteigerung entsprechende Vorkehrungen zu treffen, deren Durchführung in technischer Beziehung die Fachleute vor eine Reihe schwieriger Probleme stellt.

Starke Goldausfuhr 1935

— Nach amtlichen Angaben ist die Einfuhr von Gold, die sich 1934 auf 51.3 Mill. Złoty stellte, im Jahre 1935 auf 71,1 Mill. zł gestiegen. Gleichzeitig ist jedoch die Goldausfuhr, die 1934 nur 4,2 Mill. zł betrug, wegen der ungünstigen Entwicklung der Zahlungsbilanz auf 128,6 Mill. zł gestiegen. Während 1934 die Goldeinfuhr die Ausfuhr von Gold um 49,1 Mill. zł übertraf, hat 1935 umgekehrt die Goldausfuhr die Einfuhr von Gold um 57,4 Mill. zł überstiegen. Die Goldbilanz hat sich also um 106,5 Mill. zł ungünstiger gestaltet, d. h. fast genau um den Betrag, um den der polnische Aussenhandelsüberschuss im Jahre 1935 zurückgegangen ist.

Günstiger Abschluß der Postsparkasse 1935

— Die staatliche Postsparkasse legt für das Jahr 1935 einen sehr günstigen Abschluss vor. Die Spareinlagen sind bei diesem grössten Einlageninstitut um 58 auf insgesamt 679 Mill. zł gestiegen. Die Postsparkasse hat im Berichtsjahr 417 000 neue Sparbücher ausgegeben und am Jahresschluss 1935 1 900 000 Sparkonten unterhalten, so dass bereits auf je 17 Einwohner Polens ein Sparbuch der Postsparkasse kam. Besonders erfolgreich war die PKO 1935 auf dem Gebiet des Schulsparwesens; sie hat insgesamt 8000 Schulsparkassen mit 1 Mill. Schülersparern gebildet. Die Scheckumsätze der Kasse hielten sich mit über 27,5 Mrd. zł auf der Vorjahrshöhe, wobei die Postsparkasse 76 500 Scheckkonten führte. Einen neuen grossen Aufschwung hat die Lebensversicherung der Postsparkasse genommen, die 28 000 neue Policen über 32,2 Mill. zł ausstellte, so dass der gesamte Versicherungsbestand auf 119 000 Policen über 179 Mill. zł gestiegen ist. Die Anlagepolitik der Postsparkasse blieb unverändert dieselbe. Sie erwarb für 44 Mill. zł neue Wertpapiere, so dass der Wertpapierbesitz die Gesamthöhe von 670 Mill. zł, also fast genau die Höhe der gesamten Spareinlagen erreicht hat. 86 Prozent dieser Wertpapiere sind langfristige Obligationen und Pfandbriefe des Staates und seiner übrigen Banken, und von dem Rest entfällt ein grosser Teil auf die neuen Staatsschatzscheine. Dagegen war die Kurzkreditgewährung der Postsparkasse mit 38 Mill. zł ungünstig gering.

Die Auslandsbank der Postsparkasse, die Bank Polska Kasa Opieki, hatte 1935 gleichfalls gute Erfolge zu verzeichnen. Die bei ihren Auslandsfilialen in Paris, Buenos Aires, Tel-Aviv und New York hinterlegten Einlagen haben sich um 18,8 auf 36,3 Mill. zł auf das Doppelte vergrössert. Der Scheckumsatz der Bank überstieg 8 Mill. zł.

Starker Rückgang des Zuckerverbrauches

— Nach Angaben des statistischen Hauptamtes betrug der Zuckerabsatz im Jahre 1933 368 946 t. Davon wurden im Inland 292 000 Tonnen verbraucht. **Im Jahre 1934 wurde der Absatz bedeutend grösser und betrug gegen 400 000 t. Davon wurden im Inland 303 000 t verkauft.**

Das Jahr 1935 brachte einen ausserordentlichen Sturz des Zuckerabsatzes. Der Gesamtabsatz betrug 110 142 t. Davon wurden im Inland 73 524 t verbraucht. **Im Vergleich zum Jahre 1934 verringerte sich der Verbrauch im Inland um rd. 75 Prozent.**

Reicher Erdölfund

— Die staatliche Erdölgesellschaft „Polmin" hat auf von der Rohölerforschungsgesellschaft „Pionier" entdecktem Terrain in der Ortschaft Lipie, Kreis Turczański, 24 km südlich von Ustrzyk, noch im Drohobyczer Erdölbezirk, in nur 94 m Tiefe ein reiches Erdölvorkommen erbohrt, das vorläufig 60 t Rohöl täglich fördert. Seit dem Ende des Weltkrieges ist kein so reiches Oelvorkommen mehr in Galizien erbohrt worden; abzuwarten bleibt, ob sich die für polnische Verhältnisse grosse Tagesausbeute des Vorkommens auf die Dauer behaupten lässt.

Der polnisch-schweizerische Warenverkehr im Jahre 1935

Aus der amtlichen Schweizer Handelsstatistik geht hervor, dass die Schweiz im Jahre 1935 aus Polen Waren im Werte von insgesamt 16,70 Mill. Frcs. eingeführt hat und Waren im Werte von 14,09 Mill. Frcs. nach Polen ausgeführt hat. Der Saldo zugunsten Polens beträgt demnach 2,61 Mill. Frcs. Im Verhältnis zum Jahre 1934 ist eine Erhöhung der Umsätze zu verzeichnen. In diesem Jahre betrug die Einfuhr der Schweiz aus Polen 14,96 Mill. Frcs., die Ausfuhr nach Polen 12,58 Mill. Frcs. und der Saldo zugunsten Polens 2,37 Mill. Frcs.

Geschäfte mit Japan

— Wie halbamtlich verlautet, hat der ständige Vertreter des Verbandes der Industrie- und Handelskammer Polens in Tokio letzthin einen Abschluss über die Ausfuhr von Hopfen nach Japan im Werte von 250 000 zł und ausserdem ein Ausfuhrgeschäft mit Büchsenschinken ebendorthin zustandegebracht. Gegenwärtig soll durch diesen Vertreter mit japanischen Importeuren über polnische Lieferungen von Geflügelkonserven, Spirituosen, Käse und Malz nach Japan unterhandelt werden. Dabei ist angeblich auch an ausgesprochene Kompensationsgeschäfte gedacht, bei denen für die Ausfuhr aus Japan nach Polen Nadeln für die Trikotagenindustrie, Zentrifugen und Motore für die Kunstseidenindustrie in Aussicht genommen sein sollen.

Ausweis der Bank Polski

Wichtige Veränderungen des Wechselbestandes

— Auch in der zweiten Januardekade hat sich der Goldbestand der Bank Polski, obwohl vorübergehend erhebliche Unsicherheit über die künftige Finanz- und Währungspolitik der Regierung bestand, um 0,1 auf 444,6 Mill. Złoty noch etwas vergrössert. Der Devisenbestand ist allerdings gleichzeitig wieder um 3,6 auf 22,3 Mill. zł zurückgegangen. Die Bank war bemüht, ihre Lage durch die Konversion ihrer dubiosen Landwirtschaftswechsel zu verbessern und hat nom. 53,3 Mill. zł dubiose Wechsel in nom. 39 Mill. zł Akzepte der Staatlichen Akzeptbank umgetauscht. Hauptsächlich infolge dieser Transaktion ist die Kurzkreditgewährung der Bank in der Berichtszeit um 72 auf 748 Mill. zł zurückgegangen, während das Portefeuille eigener Wertpapiere um 39 Mill. zł angewachsen ist. Da gleichzeitig auch der Notenumlauf um 25 auf 932,5 Mill. zł zurückging, verbesserte sich der Prozentsatz der Deckung der Sichtverbindlichkeiten der Bank durch Gold wieder auf 41,4%.

Vor Wirtschaftsverhandlungen mit Schweden

— Anfang Februar sollen in Warschau neue Wirtschaftsverhandlungen mit Schweden beginnen. Die Verhandlungen soll auf schwedischer Seite der schwedische Gesandte in Warschau mit Unterstützung des Leiters der Handelsabteilung im schwedischen Aussenministerium führen.

Der augenblicklich geltende schwedisch-polnische Vertrag besteht seit dem Jahre 1924 und ist im Jahre 1933 ergänzt worden. **Die neuen Verhandlungen zielen auf eine Erweiterung der gegenwärtigen Handelsbeziehungen ab.**

Vorbereitung des Talsperrenbaues in Rożnow

— Seit zwei Monaten wird der am Dunajec bei Rożnow geplante grosse Talsperren- und Wasserkraftwerksbau energisch vorbereitet. Der Bauplatz ist bereits durch die Anlage von Wasserleitungen und Kanalisationen hergerichtet, und es ist ein kleines Feldkraftwerk von 300 kW angelegt worden. Ferner wurde eine 19 km lange Schmalspurbahn von Marcinkowitz im Tal des Dunajec bis an den Bauplatz errichtet und in Betrieb genommen. Mit dem eigentlichen Talsperrenbau soll im Frühjahr begonnen werden.

Ablauf der polnisch-sowjetrussischen Zollverständigung

* Das Finanzministerium hat an die Zolldirektionen und Zollämter ein Rundschreiben gerichtet, in dem mitgeteilt wird, dass mit dem 31. 12. 35 die Zollverständigung zwischen Polen und der UdSSR abgelaufen ist. Auf alle Waren sowjetrussischer Herkunft, die nach dem 1. 1. 36 zur Zollabfertigung angemeldet werden, kommen daher die autonomen Zollsätze der Spalte I des polnischen Zolltarifes zur Anwendung.

Die Preisbewegung im Dezember 1935

— Die grosse Preissenkungsaktion der Regierung im Dezember 1935 wirkte sich auf den Dezemberstand der amtlichen Kennziffern der Grosshandelspreise erst sehr wenig aus. Die Gesamtkennziffer dieser Preise hat sich nur von 54,5 auf 52,7 (1928 = 100) Punkte gesenkt, und zwar ist die Kennziffer der Lebens- und Genussmittelpreise mit 51 auf 49,1 Punkte noch stärker zurückgegangen als die für Industriewarenpreise mit 57,7 auf 56,2. Die Preissenkung wirkte sich nur erst bei den Rohstoffen und Halbfabrikaten, dagegen fast noch gar nicht bei den Fertigwaren aus; der Preisrückgang bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen trat entgegen den Absichten der Regierung ein. Die Kennziffer der Preise der von der Landwirtschaft bezogenen Waren verminderte sich nur von 66,9 auf 65,4 Punkte, diejenige der Preise ihrer Erzeugnisse dagegen von 45,9 auf 43,7 Punkte. Die Regierung vertröste, die Oeffentlichkeit auf den Januar 1936, der eine im Sinne ihrer Politik bessere Entwicklung der Preise bringen soll.

April 1936 Einstellung von MS „Batory" in den Amerikadienst

— Die Cantieri Riuniti di Monfalcone werden, wie verlautet, das von ihnen gebaute Motorschiff „Batory" noch im April 1936 fertigstellen und an seine Bauherren, die Schiffahrtslinien Gdingen—Amerika-A.-G. abliefern. Das Schiff wird eine mehrwöchige Propagandafahrt rund um Europa nach Gdingen machen und von dort aus in der zweiten Maihälfte seine erste Fahrt nach Amerika antreten. MS „Batory ist das Schwesterschiff des MS „Pilsudski", auf derselben Werft für dieselbe Reederei erbaut und im Sommer 1935 abgeliefert, das bereits seit dem Herbst 1935 im polnischen Amerikadienst fährt. Beide Schiffe wurden in Italien im Rahmen eines Kompensationsvertrages gebaut, nach dem von Polen die Baukosten mit Kohlenlieferungen bezahlt werden.

Patentschutz für „Erdgold-Kartoffeln"

Auf den Patentämtern in Polen und im Auslande behielt sich die Firma Pommersche Saatzucht G. m. b. H. in Stettin das Alleinverkaufsrecht der „Erdgold"-Kartoffeln vor. Auf dieser Grundlage verlangt die Firma von polnischen Firmen für die Verkaufsgenehmigung der Saatkartoffeln „Erdgold" eine besondere Gebühr, und die Ausfuhr dieser Kartoffelsorte nach dem Auslande wurde untersagt.

Aus diesem Grunde und auf Grund eines Antrages der Grosspolnischen Landwirtschaftskammer hat der Zentralausschuss für Saatbauangelegenheiten an der Landwirtschaftskammer der Republik Polen beschlossen, die ausländische Saatkartoffelsorte „Erdgold" von Beginn des Jahres 1936 an nicht mehr zu qualifizieren.

Börsen und Märkte

Posener Börse

vom 30. Januar.

5% Staatl. Konvert.-Anleihe	57.75 G
8% Obligationen der Stadt Posen 1926	—
8% Obligationen der Stadt Posen 1927	—
5% Pfandbriefe der Westpolnisch. Kredit-Ges. Posen	—
5% Obligationen der Kommunal-Kreditbank (100 G.-zł)	—
4½% Dollarbriefe der Pos. Landsch.	—
4½% ungestempelte Dollarpfandbriefe in Gold	—
4% Konvert.-Pfandbriefe der Pos. Landschaft	35.00 G
4% Prämien-Dollar-Anleihe (S. III)	53.50 G
4½% Złoty-Pfandbriefe	38.00 G
4% Prämien-Invest.-Anleihe	—
3% Bau-Anleihe	—
Bank Polski	—
Bank Cukrownictwa	—
Piechcin, Fabryka Wap. i Cem. (30 zł)	—
Brzeski-Auto (10 zł)	15% +

Tendenz: fester.

Warschauer Börse

Warschau, 29. Januar.

Rentenmarkt: In der Gruppe der Staatspapiere war eine allgemeine Kursbesserung zu verzeichnen, jedoch waren die Umsätze nur mittelmässig. In den Privatpapieren war die Stimmung ruhig und gehalten, die Kursabweichungen waren nur minimal.

Es notierten: 4proz. Prämien-Dollar-Anleihe (Serie III) 52.90, 5proz. Staatl. Konv.-Anleihe 1924 59.25, 6proz. Dollar-Anleihe 1919/20 76.63—77, 7proz. Stabilis.-Anl. 1927 61.88—61.63 bis 61.88—62.13—61.88—62, 7% L. Z. d. staatl. Bank Rolny 83.25, 8proz. L. Z. der staatl. Bank Rolny 94, 7proz. L. Z. der Landeswirtschaftsbank II. bis VII. Em. 83.25, 8proz. L. Z. der Landeswirtschaftsbank I, Em. 94, 7proz. Kom.-Obl der Landeswirtschaftsbank II.—III. Em. 83.25, 8proz. Kom.-Obl. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 94, 8proz. Bau-Obl. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 93, 5proz. L. Z. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 81, 5½proz. L. Z. der Landeswirtschaftsbank II.—VII. Em. 81, 5½proz. Kom.-Obl der Landeswirtschaftsbank I. Em. 81 5½proz. Kom.-Obl der Landeswirtschaftsbank II.—III. und III. N. Em. 81, 7proz. L. Z. Tow. Kredyt. Przem. Polsk. 83.50, 8proz. L. Z. Tow. Kred. Przem. Polsk. 90.25, 4½proz. L. Z. Tow. Kred. Ziem. der Stadt Warschau (Serie V) 46.50—46.25—46.38, 5proz. L. Z. Tow. Kred. der Stadt Warschau 1933 55—54.63 bis 54.75.

Aktien: Tendenz — veränderlich. Notiert wurden: Bank Polski 97.00, Lilpop 8.00.

Devisen: Die Stimmung war veränderlich bei belebten Umsätzen.

Im Privathandel wurde gezahlt: Bardollar 5.25—5.25½, Goldollar 9.02—9.03, Goldrubel 4.78—4.82, Silberrubel 1.42, Tscherwonez 2,50.

Amtliche Devisenkurse

	29. 1. Geld	29. 1. Brief	28. 1. Geld	28. 1. Brief
Amsterdam	359.28	360.72	359.28	360.72
Berlin	212.92	213.98	—	-
Brüssel	89.17	89.53	89.32	89.68
Kopenhagen	—	—	116.86	117 44
London	26.17	26.31	26.17	26.31
New York (Scheck)	5.25¼	5.27¾	5.23¼	5.25¾
Paris	34.925	35.075	34.94	35.08
Prag	21.92	22.00	21.92	22.00
Italien	—	—	—	—
Oslo	—	—	—	—
Stockholm	—	—	134.92	135.58
Danzig	—	—	—	—
Zürich	172.36	173.04	172.26	172.94
Montreal	—	—	—	—

Tendenz: uneinheitlich.

Amtlich nicht notierte Devisen: Danzig 99.00, Kopenhagen 117.10, Montreal 5.26, Oslo 131.85, Stockholm 135,25.

1 Gramm Feingold = 5.9244 zł.

Danziger Devisenkurse

Notierungen der Bank von Danzig

Danzig, 29. Januar. In Danziger Gulden wurden für telegr. Auszahlungen notiert: New York 1 Dollar 5.2470—5.2680, London 1 Pfund Sterling 26.16—26.26, Berlin 100 Reichsmark 213.03—213.87, Warschau 100 Złoty 99.80 bis 100.20, Zürich 100 Franken 171.96—172.64, Paris 100 Franken 34.92—35.06, Amsterdam 100 Gulden 359.08—360.52, Brüssel 100 Belga 89.22—89.58, Stockholm 100 Kronen 134.88 bis 135.42, Kopenhagen 100 Kronen 116.77—117.23, Oslo 100 Kronen 131.39—131.91. Banknoten: 100 Złoty 99.80—100.20.

Berliner Börse

Börsenstimmungsbild. Berlin, 30. Januar. Tendenz: freundlich. Die Börse eröffnete zwar nicht in der vorbörslich erwarteten festen, wohl aber in allgemein freundlicherer Haltung. Schuckert gewann auf die Dividendenerklärung von 5 Prozent 1¼ Prozent. Siemens gaben um ¼ Prozent nach. Farben lagen mit 152¼ 1 Prozent höher, AEG gewannen ¾. Daimler ½. Eisenhandel ⅜ Prozent. Montane blieben meist unverändert. Am Rentenmarkt zogen Altbesitz um ⅜ Prozent auf 110 an.

Blanco-Tagesgeld versteifte sich auf 3⅛ bis 3⅜ Prozent.

Ablösungsschuld: 110.

Märkte

Getreide. Posen, 30. Januar. Amtliche Notierungen für 100 kg in Złoty frei Station Poznań.

Richtpreise:

Roggen	12.00—12.25
Weizen	18.25—18.50
Braugerste	14.25—15.25
Mahlgerste 700—725 g/l	13.75—14.25
" 670—680 g/l	13.25—13.50
Hafer	14.00—14.25
Standardhafer	13.75
Roggen-Auszugsmehl (65%)	17.25—17.75
Weizenmehl (65%)	27.50—28.00
Roggenkleie	9.75—10.25
Weizenkleie (mittel)	10.75—11.50
Weizenkleie (grob)	12.00—12.50
Gerstenkleie	9.75—11.00
Winterraps	41.00—42.00
Winterrübsen	40.00—41.00
Leinsamen	36.00—38.00
Senf	37.00—39.00
Sommerwicke	22.00—24.00
Peluschken	24.00—27.00
Viktoriaerbsen	24.00—29.00
Folgererbsen	22.00—24.00
Blaulupinen	9.50—10.00
Gelblupinen	11.00—11.50
Seradella	22.00—24.00
Rotklee, roh	105.00—115.00
Rotklee (95—97%)	125.00—135.00
Weissklee	75.00—110.00
Schwedenklee	170.00—195.00
Gelbklee, entschält	65.00—75.00
Weizenstroh, lose	2.20—2.45
Weizenstroh, gepresst	2.70—2.95
Roggenstroh, lose	2.50—2.75
Roggenstroh, gepresst	3.00—3.25
Haferstroh, lose	2.75—3.00
Haferstroh, gepresst	3.25—3.50
Gerstenstroh, lose	2.20—2.45
Gerstenstroh, gepresst	2.70—2.95
Heu, lose	5.75—6.25
Heu, gepresst	6.25—6.75
Netzeheu, lose	6.50—7.00
Netzeheu, gepresst	7.50—8.00
Leinkuchen	16.75—17.00
Rapskuchen	14.25—14.50
Sonnenblumenkuchen	18.25—18.75
Sojaschrot	21.00—22.00
Blauer Mohn	64.00—66.00

Stimmung: ruhig.

Gesamtumsatz: 1326 t, davon Roggen 325, Weizen 181, Gerste 326, Hafer 65 t.

Getreide. Bromberg, 29. Januar. Amtl. Notierungen der Getreide- und Warenbörse für 100 kg im Grosshandel fr. Waggon Bromberg. Umsätze: Roggen 15 Tonnen zu 12.50 Złoty. Richtpreise Roggen 12.40—12.60, Standardweizen 18.25—18.75, Einheitsgerste 13.75—14.25, Sammelgerste 13—13.50, Braugerste 14.50 bis 15.25, Hafer 13.75—14, Roggenkleie 10 bis 10.50, Weizenkleie grob 11.50—12, Weizenkleie mittel 11.25—11.75, Weizenkleie fein 11.75 bis 12.25, Gerstenkleie 10.25—11, Winterraps 42—45, Winterrübsen 41—43, Senf 36—39, Leinsamen 36—38, Peluschken 23—25, Felderbsen 21—23, Viktoriaerbsen 24—28, Folgererbsen 19—21, Blaulupinen 9.50—10, Gelblupinen 11—11.50, Serradella 21—23, Rotklee roh 85—100, gereinigter Rotklee 110—125, Schwedenklee 170 bis 190, Wicken 21—22.50, Weissklee 75—95, Kartoffelflocken 14.50—15.50, Trockenschnitzel 8.50—9, blauer Mohn 59—63, Leinkuchen 16.50 bis 17, Rapskuchen 13.50—14, Sonnenblumenkuchen 18—19, Kokoskuchen 14.50 bis 15.50, Sojaschrot 21—22. Stimmung: ruhig. Der Gesamtumsatz beträgt 1955 t. Abschlüsse zu anderen Bedingungen: Roggen 392, Weizen 204, Braugerste 75, Einheitsgerste 142, Sammelgerste 435, Hafer 30, Roggenmehl 88, Weizenmehl 75, Roggenkleie 200, Weizenkleie 40, Wicken 15, Heu 55, Fabrikkartoffeln 85, Speisekartoffeln 60 t.

Getreide. Warschau, 29. Januar. Amtliche Notierungen der Getreide- und Warenbörse für 100 kg im Grosshandel frei Waggon Warschau. Standardweizen 753 gl 20—20.50, Sammelweizen 742 gl 19.50—20, Standardroggen I 700 gl 12—12.50, Standardroggen II 687 gl ohne Notierung, Standardhafer I 497 gl 13.75—14, Standardhafer II 460 gl 13.25—13.50, Braugerste 15 bis 15.50, Felderbsen 19 bis 20, Viktoriaerbsen 31—33, Wicken 19.50—20.50, Peluschken 21.50—22.50, Serradella, gereinigt 22—23, Blaulupinen 8.50 bis 8.75, Gelblupinen 10—10.50, Rotklee roh 100—110, Rotklee gereinigt 97% 135—145, Weissklee roh 60—70, Weissklee gereinigt 97% 80—90, Winterraps 42.50—43.50, Winterrübsen 41.50—42.50, Sommerraps 41.50—42.50, Sommerrübsen 42—43, Leinsamen 90% 32.50—33.50, blauer Mohn 65—67, Weizenmehl 65% 27—28, Roggenauszugsmehl 30% 20.50—21.50, Schrotmehl 90% 15.75—16.25, Weizenkleie grob 11.25—11.75, Weizenkleie mittel 10.25—10.75, Weizenkleie fein 10.25 bis 10.75, Roggenkleie 9—9.50, Leinkuchen 15.50 bis 16, Rapskuchen 13.50—14, Sojaschrot 45% 22—22.50. Gesamtumsatz: 1740 t, davon Roggen 300 t. Stimmung: ruhig.

Getreide. Danzig, 29. Januar. Amtliche Notierung für 100 kg in Gulden. Weizen 130 Pfd. bunt 19.50, Weizen 128 Pfd. weiss 19.70, Roggen 120 Pfd. 13.15, Gerste feine 15.60—16.25, Gerste mittel lt. Muster 15.25 bis 15.60, Gerste 114/15 Pfd. 15.05, Futtergerste 110/11 Pfd. 14.90, Futtergerste 105/06 Pfd. ohne Handel, Hafer 13.50—14.50, Hafer feiner ohne Handel, Peluschken 22—24, Ackerbohnen 19, Wicken 20—22.50. Zufuhr nach Danzig in Waggons: Weizen 44, Roggen 47, Gerste 113, Hafer 21, Hülsenfrüchte 15, Kleie und Oelkuchen 27, Saaten 3.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: Eugen Petrull; für Lokales, Provinz und Sport: Alexander Jursch; für Feuilleton und Unterhaltung: Alfred Loake; für den übrigen redaktionellen Inhalt: Eugen Petrull; für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf. — Druck und Verlag: Concordia Sp. Akc., Drukarnia i wydawnictwo. Sämtliche in Poznań, Aleja Marsz. Piłsudskiego 25.